

JAHRESABSCHLUSS FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2013 UND LAGEBERICHT

Mainova Aktiengesellschaft

LAGEBERICHT

S. 4	1 Grundlagen der Gesellschaft
S. 7	2 Wirtschaftsbericht
S. 16	3 Nachtragsbericht
S. 16	4 Prognose-, Chancen- und Risikobericht
S. 22	5 Sonstige Angaben
S. 25	6 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

JAHRESABSCHLUSS

S. 26	Bilanz
S. 27	Gewinn- und Verlustrechnung
S. 28	Anhang
S. 58	Bestätigungsvermerk
S. 59	Versicherung der gesetzlichen Vertreter
S. 60	Impressum

Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main Lagebericht für das Geschäftsjahr 2013

1 Grundlagen der Gesellschaft

1.1 Geschäftsmodell

Die MAINOVA Aktiengesellschaft (MAINOVA) ist in der Versorgung mit leitungsgebundenen Energieträgern und Wasser sowie artverwandten Dienstleistungen tätig. Wir versorgen rund eine Million Menschen in Hessen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg mit Energie und Wasser. Zudem beliefern wir regionale Gas- und Stromversorger (Energiepartner) sowie Geschäftskunden mit Strom und Gas.

Wir sind an 24 Tochterunternehmen beteiligt. Hervorzuheben sind vier Tochterunternehmen, die im Rahmen der organisatorischen, abrechnungstechnischen und gesellschaftsrechtlichen Entflechtung aus der MAINOVA hervorgegangen sind. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) pachtet unser Strom- und Gasnetz und betreibt dieses auf eigene Rechnung, während für die Fernwärme- und Wasserversorgungsnetze die Betriebsführung übernommen wird. Die Mainova EnergieDienste GmbH betreibt das Energiedienstleistungsgeschäft (Contracting) mit Geschäftskunden und das technische Facility Management. Die Aufgaben der Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH erstrecken sich auf das Messwesen, die Abrechnung der gelieferten Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmemengen, die Kundenbetreuung sowie das Forderungsmanagement. Die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH betreut das Straßenbeleuchtungsnetz der Stadt Frankfurt am Main.

Der Ausbau unserer Aktivitäten im Bereich der erneuerbaren Energien im aktuellen Geschäftsjahr sowie im Vorjahr erfolgte vorrangig durch die Gründung beziehungsweise den Erwerb von Tochterunternehmen, welche die On-Shore-Windparks und Photovoltaikanlagen betreiben.

Zudem sind wir direkt und indirekt an 42 weiteren Gesellschaften – überwiegend Querverbundunternehmen, Energieversorgungsunternehmen und Erzeugungsunternehmen – beteiligt.

1.2 Strategien und Ziele

1.2.1 Energiewirtschaft im Wandel

In den vergangenen Jahren hat die Häufigkeit politischer Eingriffe und deren Unvorhersehbarkeit deutlich zugenommen. Insbesondere die Energiewende mit ihren ehrgeizigen CO₂-Einsparzielen, dem Ausbau erneuerbarer Energien sowie den hohen Anforderungen an das Thema Energieeffizienz beeinflusst die Branche maßgeblich. In diesem Zusammenhang wird derzeit auch über die Kosten der Energiewende politisch diskutiert. Das Ziel ist dabei die Stabilisierung der Strompreise für die Verbraucher. Dazu wurde eine Reihe von Vorschlägen wie die Reduzierung der Vergütungssätze für Strom aus erneuerbaren Energien, die Senkung der Stromsteuer oder die stärkere Beteiligung der Industrie an den Kosten der Energiewende eingebracht. Ferner verschärfen weltweite politische Spannungen, die schwelende Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Einspeisung der erneuerbaren Energien die Volatilität der Energiepreise.

Die politischen Vorgaben im Rahmen der Energiewende wirken sich durch den Trend weg von Großkraftwerken hin zu grüner und dezentraler Energie massiv auf die Energieerzeugung aus. Im aktuellen Strommarktdesign definiert die sogenannte Merit Order die Reihenfolge der Einspeisung der Erzeugungsanlagen zur Deckung der Stromnachfrage. Hierbei führen der Vorrang erneuerbarer Energien und ihr stetiger Ausbau dazu, dass konventionelle Kraftwerke immer weniger zum Einsatz kommen. Die so verursachte Reduzierung von Betriebsstunden macht insbesondere die oftmals hocheffizienten Gaskraftwerke unwirtschaftlich. Niedrige Preise für CO₂ verstärken diesen Trend. Eine entsprechende neue Marktordnung, die erneuerbare Energien in ein bestehendes System mit hocheffizienten konventionellen Kraftwerken integriert, bildet eine zentrale Herausforderung im Erzeugungsbereich.

Im Vertrieb ist sowohl im Strom- als auch im Gasgeschäft eine steigende Intensität des Wettbewerbs zu verzeichnen. Dies zeigt nicht nur die immer größer werdende Anzahl an Energieanbietern, sowohl regional als auch bundesweit, sondern auch der Eintritt branchenfremder Anbieter, wodurch der Energiemarkt heterogener geworden ist. Gleichzeitig verändern sich die kundenseitigen Anforderungen. Kunden werden bei der Wahl ihres Anbieters hinsichtlich Preis und Servicequalität zunehmend anspruchsvoller, was sich in steigenden Wechselquoten bemerkbar macht. Das Ziel des Vertriebs ist es, trotz der sich verschärfenden Wettbewerbssituation das hohe

Kundenbindungsniveau zu halten und in den überregionalen Vertriebsgebieten wertorientiert zu wachsen. Ein stärkeres Nachhaltigkeitsbewusstsein sowie der Wunsch nach Transparenz bei der Preisgestaltung sind ebenfalls festzustellen. Hinzu kommt die steigende Anzahl der Selbstversorger beispielsweise durch Blockheizkraftwerke oder Photovoltaikanlagen.

Die Erträge im Netzgeschäft werden durch die staatliche Regulierung in Form der sogenannten Anreizregulierung begrenzt. Hinzu kommt der Trend zur Rekommunalisierung der Energienetze. Kommunen betreiben die Netze häufig wieder selbst oder durch einen Dienstleister und beabsichtigen damit einen Ergebnisbeitrag für den vielerorts unter Druck stehenden kommunalen Haushalt zu erwirtschaften.

1.2.2 Strategische Planung als kontinuierlicher Entwicklungsprozess

Die dargestellten Veränderungen, die auf den Markt der Energieversorgung einwirken, zwingen Energieversorger, ihr bisheriges Geschäftsmodell zu überdenken und zu priorisieren, in welchen Wertschöpfungsstufen künftig das Kapital investiert wird. Dabei können auch langfristig neue, das Kerngeschäft ergänzende Geschäftsfelder wie Contracting, Smart Meter, Smart Home oder Energieberatung eine Rolle spielen.

Auch im abgelaufenen Jahr wurde unsere Strategie strukturiert überprüft, mit allen Unternehmensbereichen verzahnt und weiterentwickelt. Hierzu wurden detaillierte Markt- und Unternehmensanalysen entlang den gesamten Wertschöpfungsstufen durchgeführt, um zu einer Standortbestimmung für unseren Konzern zu kommen. Um die beschriebenen Unsicherheiten der Unternehmensumwelt zu berücksichtigen, wurden zudem Instrumente der langfristigen Szenario- und Portfolioanalyse im Rahmen der Strategieentwicklung eingesetzt.

Die Ergebnisse haben unseren bisherigen Kurs im Wesentlichen bestätigt. Die Umsetzung der Strategie wird durch den jährlich rollierenden Strategieprozess sichergestellt. Durch die quantitative Verzahnung mit der Wirtschaftsplanung wird dafür gesorgt, dass die strategischen Ansätze über Ziele und Maßnahmen in die finanzielle Mittelfristplanung übersetzt werden.

1.2.3 Strategische Leitlinien

Unter dem **Motto „Leistung mit Energie“** haben wir Leitlinien festgelegt, die den Rahmen für die Weiterentwicklung unseres Unternehmens bilden und zur Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltigen Zukunftssicherung beitragen:

Regional: Wir sind der führende Energiedienstleister im Rhein-Main-Gebiet.

Integriert: Wir bedienen die gesamte Wertschöpfungskette – von der Erzeugung über die Verteilung bis zum Vertrieb.

Innovativ: Wir gehen neue Wege, setzen modernste Technik ein, vermarkten fortschrittliche Dienstleistungen und nutzen neue Geschäftschancen.

Kooperativ: Wir verhalten uns partnerschaftlich und fair – untereinander, gegenüber allen Partnern und ganz besonders gegenüber unseren Kunden.

Effizient: Wir sind motiviert, beweglich und optimieren beständig unsere Kosten und Abläufe.

Fokussiert: Wir konzentrieren uns auf unsere Kernkompetenzen und wachsen, wo es sich lohnt – für uns und unsere Kunden.

Die Sicherung des Kerngeschäfts als tragende wirtschaftliche Säule hat dabei Vorrang vor ausgewählten Wachstumsfeldern und innovativen Konzepten.

1.2.4 Schwerpunkte der strategischen Ausrichtung

Die Voraussetzung für unseren zukünftigen Erfolg sind kosteneffiziente und transparente Geschäftsprozesse über alle Wertschöpfungsstufen hinweg. Dies umfasst insbesondere die Förderung einer Leistungs- und Innovationskultur, eine verstärkte interdisziplinäre und bereichsübergreifende Zusammenarbeit sowie das intensivere Nutzen von Synergien. Die Entwicklung neuer Finanzierungsmodelle wird ebenso erforderlich sein wie die Weiterentwicklung unserer IT-Strukturen. Darüber hinaus müssen gezielte Maßnahmen der Personalentwicklung unsere Mitarbeiter in die Lage versetzen, die zukünftigen Anforderungen zu erfüllen.

Auf Basis der strategischen Leitlinien wurden konkrete strategische Stoßrichtungen verabschiedet.

In der **Erzeugung** erfolgt die Sicherung des Bestandsgeschäfts in erster Linie durch die Optimierung und Flexibilisierung der Erzeugung in unseren Kraftwerken in Frankfurt am Main. Hier beabsichtigen wir, im Rahmen unseres neuen Fernwärmekonzepts in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen zu tätigen. Unter anderem wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Kraftwerkseinsatzplanung mit dem Ziel der Vermarktung von Minutenreserve und Sekundärregelenergie sowie der Brennstoffkostenreduzierung durchgeführt.

Das Wachstum im Bereich der Erzeugung soll durch ausgewählte Investitionen in On-Shore-Windparks und Photovoltaikanlagen mit schwerpunktmäßig regionalem Fokus erfolgen. Als Zukunftsfeld wird zudem der Einsatz von Speichertechnologien auf tech-

nische Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit hin untersucht.

Die Kernaufgabe des **Handels** beziehungsweise der **Beschaffung** ist die kostenoptimierte Beschaffung mit dem Ziel, unseren Vertrieb mit wettbewerbs- und marktfähigen Preisen zu bedienen. Darüber hinaus ist die bestmögliche Vermarktung der Eigenerzeugungsmengen unserer Kraftwerke zu gewährleisten.

Ein Wachstumsbereich ist die Intensivierung des Geschäfts mit Energiepartnern durch den kontinuierlichen Ausbau von Kooperationen und Dienstleistungen. Über die Energielieferung hinaus können unsere Energiepartner weitere Dienstleistungen von uns in Anspruch nehmen. Hierzu zählen Windparkbeteiligungen, die Nutzung eines Business-Portals oder energiewirtschaftliche Leistungen wie beispielsweise Bilanzkreis-, Portfolio- sowie Prognosemanagement.

Für den **Vertrieb** hat die erfolgreiche Kundenbindung sowohl im eigenen Netzgebiet als auch im externen Vertriebsgebiet Vorrang. Dabei kommen uns eine hohe Markenbekanntheit und starke Marktposition in der Region zugute.

Da wettbewerbsbedingte Absatz- und Margenrückgänge auch in unserem Stammgebiet nicht ausgeschlossen werden können, müssen – vorrangig im Geschäftskundenbereich – überregional entsprechende Absatzpotenziale unter Berücksichtigung einer ausreichenden Marge generiert werden.

Ergänzend hierzu werden Energiedienstleistungen als Kundenbindungsinstrument entwickelt und getestet, die unser klassisches Liefergeschäft wirtschaftlich ergänzen können.

Als Antwort auf Rekommunalisierung und Regulierungsdruck stehen im **Netzbereich** die Sicherung der Konzessionen und der Versorgungszuverlässigkeit sowie ein funktionsfähiges Regulierungsmanagement an erster Stelle. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien, eine vermehrt dezentrale Erzeugung sowie Speichermöglichkeiten ändert sich die Aufgabe von Netzen. Daher kommt der Erprobung und dem Einsatz neuer Technologien zur Sicherung des wirtschaftlichen Betriebs und der Versorgungszuverlässigkeit, beispielsweise im Rahmen unseres Projekts zur intelligenten Ortsnetzstation (iNES), eine steigende Bedeutung zu.

Der Trend zur Rekommunalisierung erfordert es, im Rahmen der Bemühungen um Konzessionen vermehrt Kooperationsmodelle anzubieten. Dabei bleibt es das Ziel, attraktive Gebiete auch unter strategisch technisch sinnvollen Gesichtspunkten zu gewinnen.

Die Prüfung von Geschäftsoptionen im unregulierten Bereich betrifft Dienstleistungen wie zum Beispiel Netz-, Speicher-, Leitwartenbetrieb und Anlagenbau.

1.2.5 Nachhaltigkeit

Einen Beitrag zur Zukunftssicherung unseres Unternehmens leistet die konsequente Anwendung unseres Nachhaltigkeitsverständnisses. Die Maxime unseres Handelns ist es, die Ausgewogenheit von wirtschaftlichen Zielen, Umweltschutz und sozialer Verantwortung zu gewährleisten. Wir wollen zukünftigen Generationen eine intakte Umwelt hinterlassen sowie stabile wirtschaftliche und soziale Bedingungen schaffen.

Um unser Verständnis von Nachhaltigkeit ganzheitlich abbilden zu können, haben wir ein Konzept mit fünf Kernelementen verabschiedet: Langfristiger Erfolg, Leistungsfähige Technik, Zukunftsfähige Versorgung, Faire Partnerschaft sowie Regionale Verantwortung.

Für ausführliche Informationen zu unseren Nachhaltigkeitsaktivitäten verweisen wir auf unseren Nachhaltigkeitsbericht 2013, der ab dem 21. Mai 2014 im Internet unter <http://www.mainova-nachhaltigkeit.de> abrufbar ist.

1.3 Steuerungssystem und Leistungsindikatoren

Um unsere strategischen Ziele zu erreichen, benötigen wir konkrete Steuerungsgrößen, anhand derer wir den Erfolg unserer Maßnahmen messen können. Die Grundlage dafür ist ein zuverlässiges und konsistentes Steuerungssystem, welches einen geschlossenen Kreislauf aus strategischer Planung, rollierender Mittelfristplanung, regelmäßigen Forecasts und dem Controlling der Zielerreichung bildet, um frühzeitig Hinweise auf die künftige Geschäftsentwicklung zu erhalten. Ein Teil des Steuerungssystems ist auch die turnusmäßige Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung des Beteiligungsportfolios.

Die wesentlichen Steuerungsgrößen der MAINOVA sind die im Folgenden beschriebenen Leistungsindikatoren, welche zum Teil auch in den Zielvereinbarungen des Vorstands und der Führungskräfte verankert sind.

1.3.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Unsere zentrale finanzielle Steuerungskennzahl ist das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT). Im Rahmen des monatlichen Berichtswesens wird das EBT in Form einer Matrixdarstellung nach den Segmenten Wärme- und Stromerzeugung, Stromversorgung, Gasversorgung, Wärmeversor-

gung, Wasserversorgung und Beteiligungen sowie nach den Wertschöpfungsstufen Erzeugung, Handel, Netz und Vertrieb differenziert, analysiert und mit den Verantwortlichen diskutiert.

1.3.2 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Entsprechend ihrer Steuerungsrelevanz, stellen Absatz- und Erzeugungsmengen sowie die Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit unsere bedeutenden nichtfinanziellen Leistungsindikatoren dar. Diesbezüglich verweisen wir auf die Ausführung im Wirtschaftsbericht unter 2.2.5.

1.4 Technische Innovationen

Als zukunftsorientierter Energiedienstleister analysieren, bewerten und testen wir mit unserem technischen Innovationsmanagement neue Technologien. Unsere Studien und Feldtests im Jahr 2013 konzentrierten sich auf die Erprobung innovativer Zukunftslösungen im Hinblick auf ressourcenschonende Energieerzeugung, intelligente Netzsteuerung sowie Speicherung von Energie. Unser Ziel ist es, intelligente Lösungen für die Herausforderungen der Energiewende mit- bzw. weiterzuentwickeln und diese in Zusammenarbeit mit engagierten Partnern umzusetzen.

In diesem Zusammenhang prüfen wir Fördermöglichkeiten und bewerben uns um Fördermittel. Unser Know-how weiten wir durch Entwicklungs- und Forschungsk Kooperationen kontinuierlich aus und begleiten u. a. Hochschulförderprojekte.

Im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts mit zwölf anderen Unternehmen der Thüga-Gruppe haben wir eine Power-to-Gas-Demonstrationsanlage in Frankfurt am Main in Betrieb genommen. Die Anlage ist die bundesweit erste, die Strom in Wasserstoff umgewandelt und in das kommunale Gasnetz eingespeist hat. Damit wird die in Photovoltaik- und Windkraftanlagen erzeugte Energie gespeichert und bei Bedarf wieder in Strom und Wärme umgewandelt. Der Demonstrationsbetrieb ist bis zum Jahr 2016 geplant.

Des Weiteren testen wir derzeit eine Anlage zur Stromerzeugung aus organischer Photovoltaik. Die Technologie gilt als zukunftsweisend für die Erschließung erneuerbarer Energien, da sie umweltfreundlich und kostengünstig herzustellen und flexibel einsetzbar ist. Die transparenten Kunststofffolien, sogenannte organische Halbleiter, erzeugen schon bei geringer Sonneneinstrahlung oder künstlichem Licht Strom. Die Einsatzmöglichkeiten sind im Gegensatz zu den herkömmlichen starren Photovoltaikmodulen vielfältig. So lassen sich die flexiblen Folien

großflächig an Fassaden anbringen oder in Fensterglas integrieren.

Ferner haben wir mit dem Projekt für intelligente Netzsysteme (iNES) eine Systemlösung entwickelt, die es uns ermöglicht, die Auswirkungen einer erhöhten dezentralisierten Stromerzeugung auf das Niederspannungsnetz effizient zu analysieren. Dadurch können netzkritische Situationen identifiziert und rechtzeitig verhindert werden. Zukünftig kann iNES durch eine intelligente Regelung einen kostenintensiven Netzausbau vermeiden und garantiert die Versorgungssicherheit bei gleichzeitiger Integration von erneuerbaren Energien.

In Kooperation mit der Universität Gießen haben wir ein Pilotprojekt zur CO₂-Reduzierung gestartet. Auf dem Dach des Heizkraftwerks West betreiben wir eine Algenzuchtanlage, mit deren Hilfe klimaschädliches CO₂ in Algen gebunden und zu Biomasse umgewandelt werden kann.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Rahmenbedingungen

2.1.1 Energiepolitik

Viele der energiepolitischen Entscheidungen im Geschäftsjahr 2013 stehen im Zusammenhang mit steigenden Energiekosten, insbesondere infolge der Energiewende, deren Auswirkungen wir im Kapitel „Ziele und Strategien“ dargestellt haben.

Die vier Übertragungsnetzbetreiber veröffentlichten im Oktober die Höhe der EEG-Umlage für das Jahr 2014. Demnach erhöht sich die EEG-Umlage um rund 18 % von 5,28 auf 6,24 Cent pro kWh, nachdem jene bereits im Vorjahr um rund 47 % gestiegen ist. Die Erhöhung der EEG-Umlage führt zu einem weiteren deutlichen Anstieg der staatlich festgelegten Bestandteile des Strompreises.

Einen weiteren Einfluss auf die Strompreisentwicklung hat der im Dezember gefasste Beschluss des Europaparlaments, das Angebot für Emissionshandelszertifikate temporär zu verknappten, um den Handelspreis zu erhöhen. Durch den Zertifikateüberschuss und den damit einhergehenden niedrigen CO₂-Preis gingen vom Handel mit Emissionszertifikaten bisher kaum Investitionsanreize für klimafreundliche Technologien und Verfahren aus.

Nachdem unsere Netzgesellschaft NRM gemeinsam mit weiteren regionalen und überregionalen Netzbetreibern gegen die Festlegung der Bundesnetzagentur (BNetzA) zur Abwicklung der Netzentgelt-

befreiung für stromintensive Betriebe geklagt hatte, hat das Oberlandesgericht Düsseldorf im März 2013 die Festlegung der BNetzA aufgehoben. Zudem urteilte das Gericht, dass es keine Rechtsgrundlage für die Befreiung der stromintensiven Betriebe von den Netzentgelten gibt. Durch die geplanten Änderungen der Netzentgeltverordnungen für Strom und Gas sowie der Anreizregulierungsverordnung sollen die stromintensiven Verbraucher zukünftig durch ein gestaffeltes Netzentgelt an den Kosten der Energiewende angemessen beteiligt werden. Des Weiteren ist geplant, die Vorgaben für die Ermittlung der Netzkosten anzupassen und die Bedingungen für Investitionen in Hochspannungsnetze zu verbessern.

Nicht nur bezüglich der Energiekosten, sondern auch im Hinblick auf die Versorgungszuverlässigkeit stehen wir vor großen Herausforderungen. Um diese dauerhaft gewährleisten zu können, muss die Integration der erneuerbaren Energien in das bestehende System deutlich verbessert werden. Mit Blick auf die Versorgungszuverlässigkeit ist die von der Bundesregierung verabschiedete Reservekraftwerksverordnung im Juli 2013 in Kraft getreten und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2017. Die Verordnung regelt das Verfahren und die Bedingungen von Kraftwerksstilllegungen sowie die Vergütung der Kraftwerke in der Netzreserve. Unseres Erachtens ist die Verordnung als Übergangslösung zur Schaffung von Rechtssicherheit im Hinblick auf den Umgang mit Reservekraftwerken zweckmäßig. Dennoch ist dies keine Lösung auf Dauer, da sie das eigentliche Problem einer fehlgeleiteten Marktsteuerung nicht löst.

Bereits vor dem Inkrafttreten der Reservekraftwerksverordnung wurde für das Gemeinschaftskraftwerk in Irsching in Abstimmung mit der BNetzA eine Vereinbarung geschlossen, die für das Vorhalten von Kraftwerksleistung zugunsten der Netzstabilität in den nächsten drei Jahren eine Vergütung durch den Übertragungsnetzbetreiber vorsieht. Für die Zeit danach gehen wir von einer gesetzlichen Regelung aus, welche die Vorhaltung von Leistung honoriert und somit einen wirtschaftlich sinnvollen Betrieb des Kraftwerks ermöglicht.

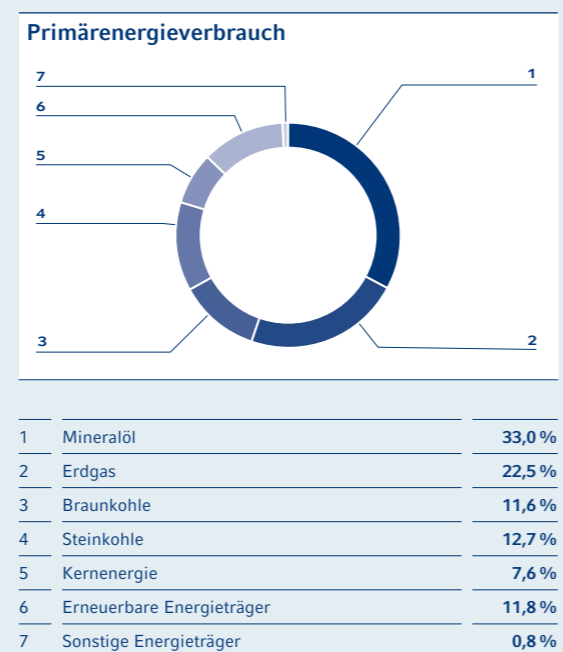
2.1.2 Konjunkturelle Entwicklung

Nach den aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamts ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2013 mit einem Plus von 0,4 % kaum gewachsen. Die Krise in der Eurozone hat zum Jahresbeginn insbesondere die exportabhängige Industrie belastet. Positive Impulse kamen hingegen vorwiegend aus der Bauwirtschaft sowie von den gestiegenen Konsumausgaben der Haushalte, bedingt durch die günstige Arbeitmarktsituation und höhere Einkommen.

2.1.3 Entwicklung des Primärenergieverbrauchs

Vorläufigen Schätzungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) zufolge wird sich der Energieverbrauch in Deutschland im abgelaufenen Jahr 2013 voraussichtlich auf 477,7 Mio. Tonnen Steinkohleeinheiten belaufen und somit um 2,6 % über dem Vorjahresniveau liegen. Für den höheren Energieverbrauch sorgten insbesondere der kühle Witterungsverlauf in der ersten Jahreshälfte sowie niedrigere Marktpreise für Mineralöl und Steinkohle.

Der Primärenergieverbrauch verteilt sich in Deutschland im Jahr 2013 wie folgt:



Quelle: Pressedienst Nr. 8/2013 der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e. V., Berlin

Der Mix der Energieträger blieb im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert. Der wichtigste Energieträger war auch im Jahr 2013 das Mineralöl mit einem relativ konstanten Anteil von 33,0 %. Durch die kalte Witterung in der ersten Jahreshälfte stieg der Anteil des Erdgases am Energiemix um 0,9 Prozentpunkte auf 22,5 %. Aufgrund einer geringeren Verfügbarkeit reduzierte sich der Beitrag der Atomenergie um 0,4 Prozentpunkte. Die erneuerbaren Energien konnten hingegen einen Anstieg um 0,3 Prozentpunkte verzeichnen und machen nun 11,8 % des gesamten Energieverbrauchs aus.

2.1.4 Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

Die Entwicklung der Energiepreise war im Jahr 2013 von der Schuldenkrise in Europa, mäßigem Wachstum der Weltwirtschaft sowie gewaltsamen Konflikten im Nahen Osten und in Nordafrika geprägt. Zudem wirkten sich der weitere Ausbau der

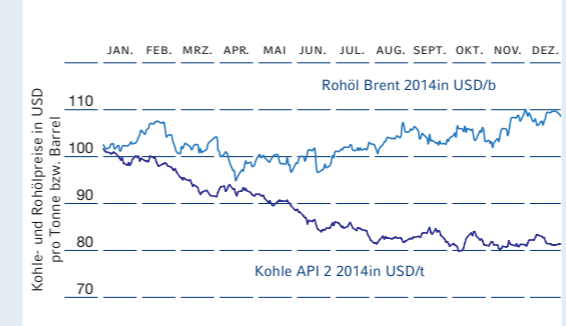
erneuerbaren Energien, die kühlere Witterung in Deutschland in der ersten Jahreshälfte sowie politische Entscheidungen zur Reformierung des europäischen Emissionshandels auf die Energiepreise aus.

Der durchschnittliche Kohlepreis für das Frontjahr (API2) in der ARA-Region (Amsterdam, Rotterdam, Antwerpen) zeigte sich mit 88,83 US-Dollar pro Tonne um 14,0 % günstiger als im Vorjahreszeitraum. Ausschlaggebend für den Preisrückgang bis zur Jahresmitte waren eine schwache Nachfrage und ein tendenziell verbessertes Angebot. Maßgeblich für die Stabilisierung im Laufe der zweiten Jahreshälfte waren anziehende Eideckungskäufe für die Wintermonate und ein abnehmendes Angebot. Zudem wirkte sich im späteren Jahresverlauf die Hoffnung auf eine konjunkturelle Belebung der Weltwirtschaft im nächsten Jahr – insbesondere in China – aus.

Der durchschnittliche Preis für Rohöl der Sorte Brent mit Lieferung im Folgejahr lag mit 103,42 US-Dollar pro Barrel um rund 3,1 % unter dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Nach einer schwächeren Entwicklung in den eher nachfrageschwachen Monaten April und Juni zog der Terminkontraktpreis bis zum Jahresende wieder an. Preistreibend wirkten sich der gewaltsame politische Machtwechsel in Ägypten und eine drohende militärische Intervention der USA in den syrischen Bürgerkrieg aus. Größeren Preissteigerungen wirkten deutliche Produktionserhöhungen in Nordamerika und eine erste Annäherung im Konflikt um das iranische Atomprogramm Ende November entgegen.

Die Preise für Rohöl und Kohle entwickelten sich wie folgt:

Preisentwicklung Kohle und Rohöl

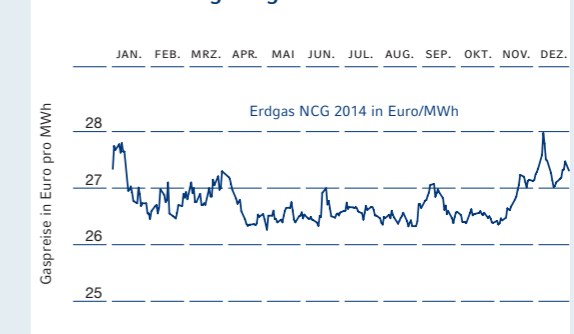


Mit einem Rückgang um 0,5 % zeigte sich der durchschnittliche Erdgaspreis im Marktgebiet NCG (Net-Connect Germany) in Höhe von 26,73 Euro pro MWh nahezu unverändert zum Vorjahr. Der unterjährige Kursverlauf orientierte sich eng am stark witterungsabhängigen Spot-Preisverlauf. Auch die Preisschwankungen vom Ölmarkt sowie ein gegenüber dem Vor-

jahr zunehmender Wettbewerb mit asiatischen Abnehmern um Flüssigerdgas (LNG) aus Katar beeinflussten die stabile bis leicht steigende Entwicklung der Gasterminpreise im Jahresverlauf.

Der Preis für Erdgas zeigte folgende Entwicklung:

Preisentwicklung Erdgas



Im Vergleich zum Vorjahr sank der Durchschnittspreis für Emissionsrechte (EU Allowances – EUA) an der European Climate Exchange (ECX) mit der Fälligkeit im Folgejahr um 40,9 % auf 4,69 Euro pro Tonne. Die größten Verluste verzeichnete der Kontrakt dabei in der ersten Jahreshälfte, nachdem politische Signale zur Eindämmung des Überangebots an Emissionsrechten durch europäische Entscheidungsträger ausblieben. Insbesondere eine Ablehnung des sogenannten Backloadings – einer zeitlich nach hinten verlagerten Ausgabe von Zertifikaten an Emittenten – Mitte April durch das Europäische Parlament ließ die Preise auf zeitweise unter 3 Euro pro Tonne fallen. Nach erneuter Abstimmung des EU-Parlaments Anfang Juli stabilisierte sich der Preis für Emissionsrechte im zweiten Halbjahr.

Der Preis für Emissionsrechte weist folgenden Verlauf auf:

Preisentwicklung Emissionsrechte



Am Terminmarkt für Strom sank der Durchschnittspreis für den Baseload-Kontrakt 2014 im Vergleich zum Vorjahr um 20,8 % auf 39,07 Euro pro MWh. Sinkende Kosten für Kohle und Emissionsrechte sowie um rund 5 Euro gefallene Spotpreise bei der

Grundlast ließen keine Trendwende zu. Wie schon im Jahr zuvor wirkte sich der Einfluss des wachsenden Angebots aus erneuerbaren Energien weiter preis-dämpfend aus. Eine in der zweiten Jahreshälfte von eher stabilen Brennstoffpreisen getragene Festigung der Spotpreise sowie die Aussicht auf eine konjunkturrell bedingt höhere Energienachfrage im Jahr 2014 führten auch am Terminmarkt zu einer leichten Preisstabilisierung.

Der Strompreis hat sich wie folgt entwickelt:



2.2 Geschäftsverlauf und Lage

2.2.1 Gesamtaussage des Vorstands zur Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT) des Geschäftsjahres 2013 beläuft sich auf 94,6 Mio. Euro und übertrifft das Vorjahresergebnis somit um 12,9 Mio. Euro und den Wirtschaftsplan um 9,6 Mio. Euro. Zu diesem guten Ergebnis haben neben den Ergebnisverbesserungen aus unserem Effizienzprogramm EINS sowohl Kundenzuwächse als auch ein positiver Witterungsverlauf geführt.

Das EBT nach Segmenten hat sich wie folgt entwickelt:

MIO. €	2013	2012	VERÄNDERUNG
Wärme- und Stromerzeugung	13,1	14,2	-1,1
Stromversorgung	-13,2	-22,2	9,0
Gasversorgung	81,1	94,1	-13,0
Wärmeversorgung	2,6	-0,3	2,9
Wasserversorgung	-0,1	-8,4	8,3
Beteiligungen	11,4	20,6	-9,2
Sonstige Aktivitäten/ Konsolidierung	-0,3	-16,3	16,0
	94,6	81,7	12,9

Im Segment Erzeugung ist ein leichter Ergebnisrückgang gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Positive Effekte aus witterungsbedingt gestiegenen Wärmeerzeugungsmengen sowie eine Vereinbarung über

das Vorhalten von Kraftwerksleistung im Rahmen des Strombezugs vom Gemeinschaftskraftwerk Irsching wirken dem marktbedingten Ergebnisrückgang in der Stromeigenerzeugung zum Teil entgegen. Weiterhin wird das Ergebnis durch den Wegfall der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten belastet. Gegenüber dem Plan profitieren wir neben den genannten Effekten von Kosteneinsparungen in den Bereichen Kohlebeschaffung und Fremdleistungen, sodass das geplante Ergebnis überschritten wurde.

Das Ergebnis der Stromversorgung konnte sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessern. Während das operative Vertriebsergebnis in einem zunehmend wettbewerbsintensiven und preissensitiven Umfeld durch Kundengewinne und Mengenzuwächse zufriedenstellend verlaufen ist, stand die Vermarktung der eigenerzeugten Strommengen aufgrund der angespannten Margensituation auf den Großhandelsmärkten weiterhin unter erheblichem Druck. Infolgedessen mussten die bereits im Vorjahr gebildeten Risikovorsorgen angepasst werden, was maßgeblich zur signifikanten Unterschreitung des geplanten Ergebnisses beigetragen hat.

Das operative Gasergebnis liegt im Vergleich zum Vorjahr auf einem stabilen Niveau. Hierzu haben Kundengewinne im Individualkundenbereich, witterungsbedingte Mengensteigerungen sowie eine leichte Verbesserung der Beschaffungskostenstruktur beigetragen. Ursächlich für das gesamthaft gesunkene Ergebnis war primär die Bildung einer Drohverlustrückstellung für das in der Vermarktung schwierige Biogasgeschäft. Gegenüber dem Plan konnte das Segmentergebnis geringfügig gesteigert werden.

Das Ergebnis der Wärmeversorgung liegt aufgrund des Witterungseinflusses und von positiven periodenfremden Effekten leicht über dem Vorjahr und Plan.

Das Ergebnis der Wasserversorgung ist durch die Abwicklung des letztjährigen Vergleichs zur Beendigung des Wasserkartellverfahrens geprägt. Die Verbesserung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus den im Jahr 2012 gebildeten Risikovorsorgen, welche auf der einen Seite das Vorjahresergebnis stark belasteten und auf der anderen Seite die diesjährigen Ergebnisbelastungen zum Teil kompensieren konnten. Gleichwohl konnte das Segment Wasser keinen positiven Ergebnisbeitrag erwirtschaften. Das Ergebnis entspricht dem Wirtschaftsplan.

Das Ergebnis im Segment Beteiligungen reduzierte sich aufgrund der im Vorjahr enthaltenen positiven Effekte aus Zuschreibungen. Die von uns vereinbarten Gewinnausschüttungen unserer Beteiligun-

gen bewegen sich auf Vorjahresniveau. Das geplante Ergebnis konnte erreicht werden.

Das Ergebnis des Segments Sonstiges erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr insbesondere durch Erträge aus einem Anlagenverkauf, die planungstechnisch bereits berücksichtigt waren.

Die insgesamt positive Ergebnisentwicklung wirkte sich erhöhend auf den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit aus. Zudem führten die gestiegenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zu einer weiteren Verbesserung des Cashflows. Zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit halten wir unsere Investitionen in Netze auf konstant hohem Niveau. Die unsicheren politischen Rahmenbedingungen haben zu einem verhaltenen Ausbau in erneuerbare Energien geführt, sodass der Mittelabfluss aus Investitionen unter dem des Vorjahres liegt. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit ist im Wesentlichen durch die Gewinnabführung an die SWFH sowie die planmäßige Tilgung unserer Kredite geprägt.

2.2.2 Ertragslage

Nachfolgend wird die Entwicklung der einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Die **Umsatzerlöse** sind um 219,9 Mio. Euro bzw. 10,6 % gestiegen und stellen sich wie folgt dar:

MIO. €	2013	2012	VERÄNDERUNG
Strom	1.166,1	1.017,7	14,6 %
Gas	656,1	609,1	7,7 %
Wärme, Dampf, Kälte	129,6	114,3	13,4 %
Wasser	70,1	64,9	8,0 %
Sonstige	273,7	269,7	1,5 %
	2.295,6	2.075,7	10,6 %

Im Stromgeschäft konnten wir unseren Umsatz um 148,4 Mio. Euro steigern. Durch Kundengewinne sowie Mengenzuwächse im Bereich der Individualkunden und Energiepartner sowie die ergebnisneutrale Erhöhung der EEG-Umlage stiegen die Vertriebslöse um 23,5 %. Im Stromhandel wirkten sich trotz einer Mengensteigerung deutlich geringere Notierungen sowohl auf dem Termin- als auch dem Spotmarkt aus und führten zu einem Umsatzrückgang von 11,2 %.

Die Gaserlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um 47,0 Mio. Euro gestiegen. Der Hauptgrund hierfür war der kühlere Witterungsverlauf (Anstieg der Gradtagszahl um 5,0 %). Zudem sorgten Kundengewinne bei den Individualprodukten und Energiepartnern für ein Umsatzwachstum im Gasvertrieb von 7,7 %.

Im Wärmegeschäft führten die kühlere Witterung sowie periodenfremde Effekte zu einem Umsatzanstieg von 15,3 Mio. Euro.

Der gestiegene Wasserumsatz ist insbesondere auf periodenfremde Effekte zurückzuführen.

Die **sonstigen betrieblichen Erträge** sind um 8,7 Mio. Euro auf 115,7 Mio. Euro gesunken. Hauptgründe hierfür waren um 16,1 Mio. Euro geringere Erträge aus Rückstellungsaufösungen sowie die im Vorjahr enthaltenen Zuschreibungen auf die Beteiligungsbuchwerte in Höhe von insgesamt 18,4 Mio. Euro. Gegenläufig wirkte sich ein Anlagenverkauf im Jahr 2013 aus.

Der **Materialaufwand** betrifft überwiegend den Gas-, Strom-, Wärme- und Wasserbezug, die Kosten für den Primärenergieeinsatz in den eigenen Kraftwerken sowie Netzentgelte. Der Anstieg um 217,1 Mio. Euro auf 1.881,8 Mio. Euro resultiert im Wesentlichen aus dem absatzbedingt gestiegenen Strom- und Gasbezug. Höhere Aufwendungen für die EEG-Umlage haben sich ebenfalls deutlich niedergeschlagen. Zudem nahm der Netznutzungsaufwand für Strom und Gas aufgrund höherer Preise sowie durch Kundenzuwächse außerhalb unseres Netzgebiets zu. Darüber hinaus erhöhten sich die Aufwendungen für Emissionsrechte aufgrund des Wegfalls der kostenlosen Zuteilung.

Der **Personalaufwand** liegt um 2,1 Mio. Euro unter dem Vorjahresniveau und beläuft sich auf 191,4 Mio. Euro. Dabei wurden die tariflich bedingten Gehaltsanpassungen durch den gesunkenen Mitarbeiterbestand kompensiert.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** liegen mit 190,5 Mio. Euro um 9,7 Mio. Euro unter dem Vorjahr. Durch unser Effizienzprogramm „EINS“ konnten die Aufwendungen für Fremdleistungen und Beratung signifikant gesenkt werden. Aufwandserhöhend wirkten sich die Maßnahmen im Rahmen der Neuausrichtung der IT-Infrastruktur aus. Ferner machten sich geringere Rückstellungsdotierungen bemerkbar. Im Vorjahr war eine Drohverlustrückstellung für das Wasserkartellverfahren enthalten. Demgegenüber war im Geschäftsjahr vor allem die Bildung einer Risikovorsorge für das Biogasgeschäft erforderlich.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** hat sich bei nahezu konstanten Beteiligungserträgen um 8,1 Mio. Euro auf 24,6 Mio. Euro verbessert. Dies ist auf geringere Abschreibungen auf Finanzanlagen zurückzuführen. Die Abschreibungen im Jahr 2012 in Höhe von 12,6 Mio. Euro betrafen den Beteiligungsbuchwert der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH (GKI).

Die Abschreibungen des Geschäftsjahres in Höhe von 5,1 Mio. Euro entfallen auf vier Gesellschaften.

Das **Zinsergebnis** liegt mit -12,0 Mio. Euro in etwa auf dem Vorjahresniveau.

Das **EBT** in Höhe von 94,6 Mio. Euro ist gegenüber dem Vorjahr um 12,9 Mio. Euro gestiegen. Nach dem Abzug von Ertragsteuern ergibt sich ein aufgrund des Gewinnabführungsvertrags mit der SWFH **abzuführender Gewinn** von 58,7 Mio. Euro (Vorjahr 51,4 Mio. Euro).

2.2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt 1.419,5 Mio. Euro und liegt um 52,3 Mio. Euro bzw. 3,8 % über der Bilanzsumme des Vorjahres.

Auf der Aktivseite ist das langfristig gebundene Vermögen um 10,4 Mio. Euro gestiegen. Der Anstieg entfällt mit 14,7 Mio. Euro ausschließlich auf das Finanzanlagevermögen und steht insbesondere im Zusammenhang mit dem Ausbau unseres Photovoltaikportfolios. Den Abschreibungen auf Sachanlagen in Höhe von 58,9 Mio. Euro stehen Investitionen in Höhe von 60,6 Mio. Euro gegenüber. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 72,7 % (Vorjahr 74,7 %). Das Anlagevermögen ist zu 34,6 % (Vorjahr 34,9 %) durch Eigenkapital gedeckt.

Das Umlaufvermögen liegt mit 386,3 Mio. Euro um 41,8 Mio. Euro über dem Vorjahresniveau. Aufgrund des Wegfalls der kostenlosen Zuteilung von Emissionszertifikaten erhöhten sich die Vorräte insbesondere durch deren Erwerb um 13,0 Mio. Euro. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen legten im Wesentlichen durch Umsatzzuwächse um 47,0 Mio. Euro zu. Gegenläufig verringerten sich die sonstigen Vermögensgegenstände. Im Vorjahr waren Ansprüche aus der Überzahlung von EEG-Umlagen enthalten.

Bei einem unveränderten Eigenkapital ergibt sich eine Eigenkapitalquote in Höhe von 25,1 % (Vorjahr 26,1 %). Der Anstieg auf der Passivseite entfällt mit 55,1 Mio. Euro überwiegend auf die Verbindlichkeiten und resultiert insbesondere aus den höheren Verbindlichkeiten aus dem Lieferungs- und Leistungsverkehr, welcher im Wesentlichen Netzentgelte für Kunden außerhalb unseres Netzgebiets und die Beschaffung von Emissionszertifikaten betrifft. Des Weiteren führten höhere Steuerverbindlichkeiten zu einem Anstieg der sonstigen Verbindlichkeiten. Ferner nahmen die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen im Wesentlichen durch Termingeldanlagen unserer Tochterunternehmen zu. Den

höheren erhaltenen Zuschüssen stehen geringere Rückstellungen gegenüber.

Die Investitionen gliedern sich wie folgt:

MIO. €	2013	2012
Erzeugungsanlagen	9,9	9,5
Netze/Verteilungsanlagen	43,1	42,3
Grundstücke und Gebäude	1,5	4,3
Finanzanlagen	31,0	55,8
Sonstiges	13,4	17,5
	98,9	129,4

Die Investitionsprojekte für den Ausbau und den Erhalt der Verteilnetze für die Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung stellen nach wie vor den Schwerpunkt der Sachanlageinvestitionen dar. Von den Finanzinvestitionen stehen 13,0 Mio. Euro im Zusammenhang mit dem Erwerb von Tochterunternehmen im Bereich Photovoltaik. Darüber hinaus wurden Ausleihungen in Höhe von 9,6 Mio. Euro zur Projektfinanzierung im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien gewährt.

2.2.4 Finanzlage

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung zeigt die finanzielle Entwicklung des Unternehmens:

MIO. €	2013	2012	VERÄNDERUNG
Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit	143,2	81,3	61,9
Cashflows aus der Investitionstätigkeit	-4,7	-151,4	146,7
Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit	-64,4	-35,3	-29,1
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	74,1	-105,4	179,5

Der positive Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit nahm gegenüber dem Vorjahr um 61,9 Mio. Euro zu. Neben einem gestiegenen Jahresüberschuss wurde der Anstieg insbesondere durch die Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen verursacht.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit weist einen gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunkenen Mittelabfluss aus. Ursächlich hierfür sind geringere Investitionen, höhere Einzahlungen aus Anlageabgängen sowie Rückzahlungen von Termingeldanlagen.

Die Mittelabflüsse aus der Finanzierungstätigkeit sind gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Das Vorjahr war durch Kreditaufnahmen positiv beeinflusst.

Die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit konnten die Abflüsse aus der Investitions- und Finanzierungstätigkeit decken und haben darüber hinaus zu einer Erhöhung des Finanzmittelbestands um 74,1 Mio. Euro geführt. Dieser setzt sich aus den Forderungen aus der Konzernfinanzierung (166,5 Mio. Euro; Vorjahr 63,4 Mio. Euro) sowie den liquiden Mitteln (0,6 Mio. Euro; Vorjahr 2,9 Mio. Euro) abzüglich der Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung (86,9 Mio. Euro; Vorjahr 60,2 Mio. Euro) zusammen. Die Forderungen aus der Konzernfinanzierung entfallen vollständig auf die bei der SWFH im Rahmen des Cash Pools angelegten Tagesgelder. Bei den Verbindlichkeiten aus der Konzernfinanzierung handelt es sich um Tagesgeldanlagen von Beteiligungen.

2.2.5 Entwicklung der nicht finanziellen Leistungsindikatoren

2.2.5.1 Absatz

Der Absatz hat sich wie folgt entwickelt:

	EINHEIT	2013	2012	VERÄNDERUNG
Strom	Mio. kWh	10.807	9.855	9,7 %
Gas	Mio. kWh	15.432	14.525	6,2 %
Wärme, Dampf, Kälte	Mio. kWh	1.862	1.701	9,5 %
Wasser	Mio. m ³	45,2	41,5	8,9 %

Durch Kundengewinne sowie Mengenzuwächse im Vertrieb an Individualkunden und Energiepartner erhöhte sich der Absatz im Stromvertrieb um 13,0 % auf 6.466 Mio. kWh. Dieser lag leicht unterhalb des geplanten Niveaus. Die Stromhandelsmengen erhöhten sich um 5,0 % auf 4.341 Mio. kWh und übertrafen damit die geplanten Mengen.

Die Steigerung des Gasabsatzes um 6,2 % betrifft sowohl den Vertrieb an Endkunden als auch das Geschäft mit Energiepartnern. Hauptgründe für diese Entwicklung waren die um 5,0 % höhere Gradtagzahl infolge der im Jahresvergleich kühleren Witterung sowie Kundengewinne bei den Individualprodukten und den Energiepartnern. Damit konnte sowohl im Vertriebs- als auch im Energiepartnergeschäft der Planabsatz übertroffen werden.

Auch im Wärmegeschäft führten die kühleren Witterung sowie periodenfremde Effekte zu einer Absatzsteigerung, die über dem geplanten Niveau lag.

Der Mengenzuwachs im Wasser resultiert überwiegend aus periodenfremden Effekten.

2.2.5.2 Erzeugungsmengen

In unseren Anlagen wurden im Geschäftsjahr 2013 folgende Mengen erzeugt:

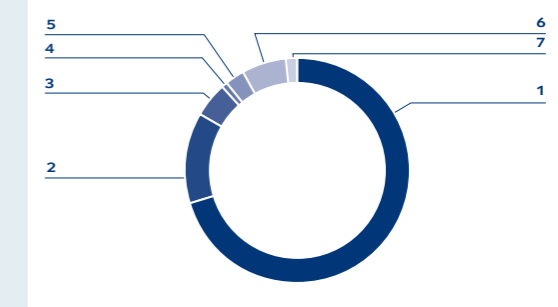
	EINHEIT	2013	2012	+/-
Mainova AG				
Strom	Mio. kWh	1.294	1.361	-4,9 %
Wärme	Mio. kWh	1.732	1.647	5,2 %
Beteiligungen				
Strom	Mio. kWh	524	628	-16,6 %
Wärme	Mio. kWh	394	352	11,9 %

Die Stromerzeugungsmengen unserer eigenen Kraftwerke liegen aufgrund der angespannten Marktsituation leicht unter dem Vorjahr und dem geplanten Niveau. Der Ausbau unseres Windparkportfolios wirkte sich gegenüber dem Vorjahr positiv auf die erzeugten Mengen aus. Die Erzeugungsmengen bei der Wärme liegen witterungsbedingt über dem Vorjahr und dem Wirtschaftsplan.

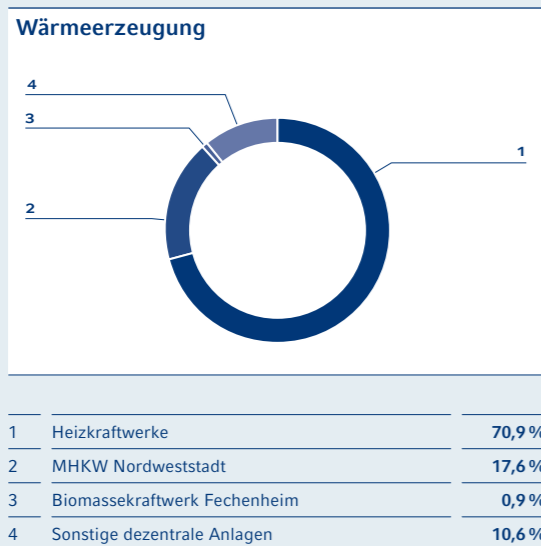
Die Stromerzeugungsmengen unserer Beteiligungen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr und Wirtschaftsplan im Wesentlichen aufgrund der geringeren Betriebsstunden des Gemeinschaftskraftwerks Irsching.

Die Darstellungen zeigen den prozentualen Anteil der Kraftwerke an der Strom- und Wärmeerzeugung:

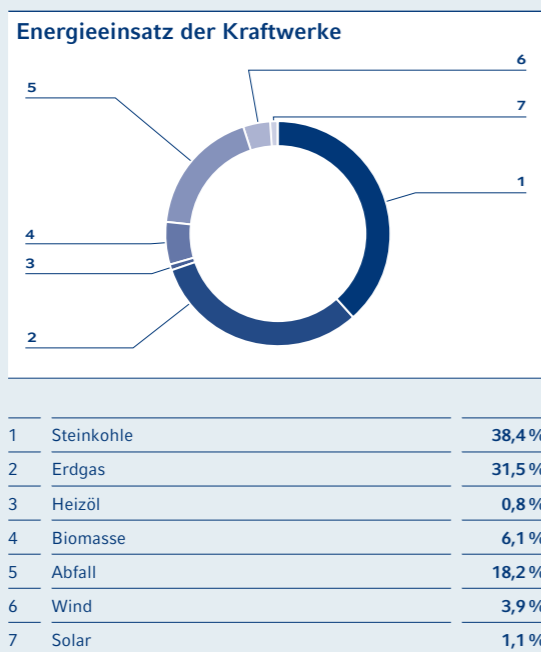
Stromerzeugung



1	Heizkraftwerke	70,5 %
2	MHKW Nordweststadt	13,0 %
3	Biomassekraftwerk Fechenheim	5,1 %
4	Sonstige dezentrale Anlagen	0,7 %
5	Gemeinschaftskraftwerk Irsching	2,9 %
6	Windparks	6,2 %
7	Solaranlagen	1,6 %



Der Energieeinsatz der Kraftwerke im Jahr 2013 stellt sich wie folgt dar:



Der Einsatz von Erdgas sank um 3,1 Prozentpunkte insbesondere durch geringere Betriebsstunden aufgrund der Marktpreisentwicklung. Der Anteil von Wind und Solar erhöhte sich hingegen um insgesamt 3,3 Prozentpunkte.

Im Jahr 2013 emittierten unsere Heizkraft- und Heizwerke wie im Vorjahr insgesamt 1,3 Mio. Tonnen CO₂. Zuzüglich der Emissionen infolge der Energieerzeugung bei den Tochter- und Beteiligungsunternehmen betragen unsere CO₂-Emissionen unverändert zum Vorjahr insgesamt 1,4 Mio. Tonnen.

2.2.5.3 Mitarbeiterzufriedenheit

Zur Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit führen wir im jährlichen Wechsel eine Voll- und eine Zwischenbefragung durch. Themen der Vollbefragungen sind die Motivation, die Situation am Arbeitsplatz, die Arbeitsinhalte und das Arbeitsumfeld, die Mitarbeiterführung, die Zusammenarbeit mit Kollegen sowie die Arbeitsbelastung. Ferner wird die Gesamtzufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten bewertet. Die Vollbefragung 2013 ergab eine Mitarbeiterzufriedenheit, die annähernd auf dem Niveau des Jahres 2011 und über dem Durchschnitt vergleichbarer Unternehmen lag. Mit der im Folgejahr stattfindenden Zwischenbefragung möchten wir in erster Linie den Umsetzungsprozess aus den Ergebnissen der Vollbefragungen bewerten und die Meinung zu aktuellen Themen einholen.

2.2.5.4 Kundenzufriedenheit

Der Erhalt langfristiger Kundenbeziehungen steht für uns im Mittelpunkt. Da der Kundenzufriedenheit in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung zukommt, führen wir dreimal jährlich repräsentative Umfragen in Zusammenarbeit mit externen Sachverständigen durch. Als Ergebnis der Befragungen wird ein Potenzialindex ermittelt, der die Bereiche Zufriedenheit, Überzeugung und Kommunikationsleistung abdeckt. Der Potenzialindex gibt die Kundenzufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 100 Punkten an. Im Jahr 2013 konnten wir den Potenzialindex nach einem starken Anstieg im Jahr 2012 nochmals leicht steigern.

2.2.6 Angaben zu den Tätigkeitsabschlüssen nach § 6b EnWG

Gemäß der am 3. August 2011 im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Novelle des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) ist im Lagebericht auf die Tätigkeiten im Sinne des § 6b Abs. 3 EnWG einzugehen. Zur Vermeidung von Diskriminierung und Quersubventionierung sind vertikal integrierte Energieversorgungsunternehmen zur Führung von getrennten Konten je Tätigkeitsbereich sowie zur Aufstellung von gesonderten Tätigkeitsabschlüssen verpflichtet. Als Tätigkeitsbereiche definiert das Gesetz die Elektrizitätsübertragung, Elektrizitätsverteilung, Gasfernleitung, Gasverteilung, Gasspeicherung sowie den Betrieb von Flüssiggas-Anlagen (LNG-Anlagen). Ferner gehört zu den Tätigkeiten jede wirtschaftliche Nutzung eines Eigentumsrechts an Strom- und Gasnetzen, Gasspeichern oder LNG-Anlagen.

Entsprechend dieser Berichtspflicht werden in der internen Rechnungslegung der MAINOVA jeweils getrennte Konten für die Tätigkeiten der Elektrizitäts- und Gasverteilung und für sonstige Tätigkeiten innerhalb sowie außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors geführt. Ferner werden für diese Tätigkeitsbereiche eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung erstellt.

Die Ergebnisse der Tätigkeitsbereiche Elektrizitäts- und Gasverteilung der MAINOVA werden von den Erlösen aus der Verpachtung der Strom- und Gasnetze an die NRM sowie von der Abführung des Gewinns der NRM bestimmt. Den Aufwendungen aus der Konzessionsabgabe (sonstige betriebliche Aufwendungen) stehen Erträge aus der Weiterbelastung der Konzessionsabgabe an die NRM (sonstige betriebliche Erträge) gegenüber.

Im Tätigkeitsbereich Stromverteilung wurde ein Jahresgewinn in Höhe von 0,9 Mio. Euro (Vorjahr 1,4 Mio. Euro) ausgewiesen. Die Bilanzsumme beläuft sich zum Stichtag auf 201,7 Mio. Euro (Vorjahr 204,5 Mio. Euro) und entspricht 45,2 % (Vorjahr 46,3 %) der Bilanzsumme des Elektrizitätssektors der MAINOVA. Auf der Aktivseite verminderten sich die Sachanlagen aufgrund geringerer Investitionen um 0,6 Mio. Euro auf 187,6 Mio. Euro. Die Forderungen an verbundene Unternehmen verminderten sich um 0,6 Mio. Euro. Auf der Passivseite sind die von Kunden empfangenen Ertragszuschüsse um 2,5 Mio. Euro gestiegen und die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aufgrund planmäßiger Tilgungen um 7,1 Mio. Euro gesunken.

Die Gasverteilung weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 24,9 Mio. Euro (Vorjahr 23,9 Mio. Euro) aus. Die Steigerung ist hauptsächlich auf gestiegene Beteiligungserträge zurückzuführen. Die Bilanzsumme beträgt 164,1 Mio. Euro (Vorjahr 159,7 Mio. Euro); sie macht rund 38,4 % (Vorjahr 35,7 %) der Bilanzsumme des Gasgeschäfts der MAINOVA aus. Während sich das Sachanlagevermögen um 2,1 Mio. Euro erhöht hat, wurde die Verminderung der Bilanzsumme insbesondere durch das Working Capital verursacht.

2.3 Mitarbeiter

Wir beschäftigten zum Jahresende 2.674 (Vorjahr 2.807) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, von denen sich 102 (Vorjahr 127) in der Ruhephase der Altersteilzeit (Blockmodell) befanden. Die SWFH erbringt für den Konzern wesentliche Teile einer qualitativ erstklassigen Berufsausbildung. Sie beschäftigte für uns zum Jahresende 80 (Vorjahr 98) Auszubildende.

Die Energiebranche ist insbesondere vor dem Hintergrund der Energiewende und der ungewissen Rahmenbedingungen einem starken Wandel ausgesetzt. Die aktuelle Situation stellt die MAINOVA vor große Herausforderungen. Vorhandene Programme, Prozesse und Strukturen wurden bereits und werden zukünftig auf den Prüfstand gestellt. Der Personalbereich hat an den entscheidenden Stellen die erforderlichen Veränderungsprozesse erfolgreich be-

gleitet und dabei die Unternehmensbereiche unterstützt, substanzielle Optimierungspotenziale zu realisieren.

Zur Unterstützung der Veränderungsprozesse wurden schwerpunktmäßig Trainings angeboten, welche die Themenbereiche „Projektmanagement“, „Professionelles Führen“ und „Führen in Zeiten der Veränderung“ abdecken. Die Trainingsserie wird im nächsten Jahr fortgesetzt und um Themen aus den Bereichen Kostenmanagement und Leistungssteuerung ergänzt.

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels haben wir zur Stärkung unserer Arbeitgebermarke sowie zur Mitarbeiterbindung unsere unterstützenden Angebote erweitert. Insbesondere sind hier die erfolgreiche Umsetzung verschiedener Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu nennen sowie die Zertifizierung „AgeCert“ für eine altersgerechte Personalpolitik. Unser Informations- und Schulungsangebot wurde durch entsprechende Veranstaltungen ergänzt. So wurden beispielsweise Vorträge zu den Themen „Pflege“ und „Kinderbetreuung“ sowie ein Workshop zum Thema „Frauen im Beruf“ angeboten. Diese Reihe wird im nächsten Jahr fortgeführt und durch weitere Angebote, beispielsweise Webinare für Frauen in Führungspositionen, ausgebaut.

Fester Bestandteil des Personalkalenders ist das Mitarbeiterforum. Nach dem Zufallsprinzip werden Mitarbeiter aus unterschiedlichen Bereichen eingeladen, um – unter der Moderation von Betriebsrat und Personalbereich – den jeweils teilnehmenden Vorständen direkt Fragen stellen zu können. Ungefähr 300 Mitarbeiter hatten im Jahr 2013 die Gelegenheit, Antworten unter anderem zur strategischen Ausrichtung der MAINOVA, zur Wirksamkeit der eingeleiteten Verbesserungsmaßnahmen oder zu Investitionsvorhaben zu erhalten. Das Mitarbeiterforum ergänzt die Change-Kommunikation sehr wirksam und schafft Transparenz bei Entscheidungen von unternehmenspolitischer Tragweite.

Im Jahr 2013 fand die Rezertifizierung der Personalprozesse statt. DEKRA hat die Prozesse überprüft und das Zertifikat nach DIN EN ISO 9001 erneuert. Für die nächste Zertifizierungsperiode werden die Prozesskosten überprüft und anschließend optimiert.

Die Entwicklung des Personalbestands sowie der Personalkosten stand im Jahr 2013 im Fokus. Um die aus der Energiewende als auch den Markttrends im Energiesektor resultierenden Ziele zu realisieren, haben wir auf die Entwicklung von strategischen Management-Steuerungstechnologien mittels SAP BW gesetzt. Für die personalwirtschaftliche Ausrichtung stehen dadurch standardisierte Transparenz und die

Weiterentwicklung der Business-Intelligence-Technologie im Vordergrund. Neben der systemgestützten und ganzheitlichen HR-Kostensteuerung mithilfe von Cockpits lassen sich hierdurch Prognosen schnell und mit hohem Genauigkeitsgrad abgeben.

3 Nachtragsbericht

Es haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres ergeben.

4 Prognose-, Chancen- und Risikobericht

4.1 Prognosebericht

4.1.1 Gesamtaussage des Vorstands über die voraussichtliche Unternehmensentwicklung

Wir gehen davon aus, dass die Entwicklung der Rahmenbedingungen, die bereits das aktuelle und die vorangegangenen Geschäftsjahre geprägt hat, unser Geschäft auch in Zukunft maßgeblich bestimmen wird. Im Fokus stehen dabei das Thema Energieeffizienz, der Ausbau der erneuerbaren Energien, die CO₂-Emissionsreduzierung sowie der Netzausbau. Zudem tragen politische Spannungen und die europäische Finanzkrise auch künftig zu einem volatilen Umfeld bei. Wir haben uns mit unserer strategischen Ausrichtung an diese Rahmenbedingungen angepasst, sodass wir unser Unternehmensergebnis mit der Unterstützung des Effizienzprogramms „EINS“ nachhaltig sichern können.

4.1.2 Erwartete konjunkturelle Entwicklung

Nach der moderat positiven Entwicklung der deutschen Wirtschaft im Jahr 2013 gehen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute davon aus, dass diese im kommenden Jahr wieder an Dynamik gewinnt. Der Aufschwung dürfte überwiegend binnenwirtschaftlich getragen werden. Das derzeit niedrige Zinsniveau sowie die positiven Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmen fördern die Investitionen. Die anhaltend positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und höhere Einkommen regen den privaten Verbrauch an. Die anziehende Weltkonjunktur begünstigt die deutsche Exportindustrie.

4.1.3 Erwartete Entwicklung der Energiepreise und des CO₂-Emissionshandels

Die Kohlenotierungen dürften nach dem starken Wertverlust seit Januar 2012 einen Tiefststand erreichen, da sich für viele Unternehmen weltweit die Kohleförderung als zunehmend unrentabel erweist und dementsprechend bei anhaltend niedrigem Preisniveau das bestehende Überangebot sukzessive

abgebaut werden sollte. Gleichzeitig könnte eine stärker wachsende Weltwirtschaft im Jahr 2014 – wie es von den führenden Wirtschaftsforschungsinstituten prognostiziert wird – eine Belebung der Kohlenachfrage zur Folge haben.

Der Einfluss der Ölpreisentwicklung auf die Gasnotierungen hat in den letzten Jahren sukzessive abgenommen. Wir rechnen damit, dass sich dieser Trend auch in Zukunft fortsetzen wird. Weiterhin gehen wir von einem stabilen Ölpreis im Jahr 2014 aus, einerseits bedingt durch eine stärker anziehende Ölnachfrage am Weltmarkt trotz schnell wachsender Angebotsmengen in Nordamerika und andererseits aufgrund anhaltender Spannungen im Nahen Osten. Vor diesem Hintergrund dürften die Gasterminpreise an den liquiden Handelsmärkten im kommenden Jahr unter den Notierungen ölgebundener, traditioneller Lieferverträge verbleiben.

Bei den Preisen für Erdgas wird für das kommende Jahr mit einer stabilen Entwicklung gerechnet. Die leicht rückläufig erwartete Gasnachfrage in Europa dürfte durch ein kräftiges Nachfragewachstum nach Flüssigerdgas (LNG) in Asien sowie Mittel- und Südamerika bei einem zumindest bis Mitte des Jahres 2015 stagnierenden Weltmarktangebot kompensiert werden. Deutliche Preissteigerungen über die Höchststände vergangener Jahre sollten vor dem Hintergrund der schwachen Nachfrageaussichten für Erdgas in Europa und einer in den letzten Jahren verbesserten Angebotsflexibilität am deutschen und kontinentaleuropäischen Markt schwer durchsetzbar sein.

Daneben ist auch bei den Emissionszertifikaten die Annahme begründet, dass nach den politischen Unklarheiten über mögliche Reformen beim EU-Emissionshandel zukünftige temporäre bzw. strukturelle Reformmaßnahmen die Preise wieder in den oberen einstelligen Bereich führen.

Die Stromkontrakte mit Liefertermin im Jahr 2014 verloren im bisherigen Jahresverlauf sukzessive an Wert. Im kommenden Jahr rechnen wir nicht mit weiter fallenden Strompreisen und erwarten zunächst eine Stabilisierung, wobei im Jahresverlauf ein Anstieg durchaus denkbar ist. Unsere Einschätzung beruht dabei auf der Annahme, dass die Preisentwicklung der Stromterminkontrakte eng an die Entwicklung der Brennstoffpreise gekoppelt ist.

Größtes Risiko für die Energiepreise bleiben aus unserer Sicht eine erneute Zuspitzung der europäischen Schuldenkrise und mögliche Auswirkungen auf die langsame Stabilisierung im Euroraum sowie das Wirtschaftswachstum in großen Schwellenländern,

die Hauptträger des weltweiten Zuwachses beim Energieverbrauch sind.

4.1.4 Zukünftige Geschäfts- und Ergebnisentwicklung

Die Auswirkungen des volatilen Marktumfelds sowie die unsicheren gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zeigen sich entlang der gesamten Wertschöpfungskette.

Im Energiehandel wirkt sich der überproportionale Rückgang der Börsenpreise in Relation zu den Beschaffungskosten (insbesondere Brennstoffe) negativ auf die Rohmargen aus der Kraftwerksvermarktung aus. Hinsichtlich der weiteren Marktentwicklung zeichnet sich derzeit keine signifikante Verbesserung ab. Einhergehend mit geringeren Betriebsstunden konventioneller Kraftwerke aufgrund der vorrangigen Einspeisung erneuerbarer Energien, hat dies eine Reduktion der Ergebnisbeiträge zur Folge. Geringere Preisspielräume am Markt zur Erzielung von Margen im Stromeigenhandelsgeschäft belasten das Ergebnis des Energiehandels zusätzlich.

Vertriebsseitig prägt der intensive Wettbewerb, vor allem in den Segmenten Strom und Erdgas, das Energiegeschäft in allen Kundengruppen. Insbesondere beim Gasvertrieb an Privat- und Kleingewerbekunden spielen Wettbewerber mit Niedrigpreisprodukten eine wesentliche Rolle. In einem immer preisbewussteren Marktumfeld steigt die Wechselbereitschaft der Kunden. Verschärft wird diese Entwicklung durch den steigenden Strompreis aufgrund der höheren staatlich festgelegten Bestandteile des Strompreises (wie z. B. die EEG-Umlage). Mit dem sukzessiven Aufbau des Dienstleistungsgeschäfts für Privat- und Gewerbekunden wollen wir mit neuen, innovativen Produkten die Kunden auf dem Weg zur Energiewende begleiten und so in ein wachsendes Geschäftsfeld investieren.

Ergebnisseitig ist der Bereich Netz von Regulierungsvorgaben geprägt. Die behördlich festgelegte Erlösobergrenze im Strom als Grundlage der Netzentgelte steigt zu Beginn der zweiten Regulierungsperiode. Dieser Anstieg ist unter anderem auf die umfassenden Netzinvestitionen der letzten Jahre zurückzuführen, welche bei der Kostenprüfung zu einem Anstieg des Ausgangsniveaus für die zweite Regulierungsperiode geführt haben. Das Ergebnis im Segment Strom wird dennoch ab dem Jahr 2014 von neuen Effizienzvorgaben aus der Anreizregulierungsverordnung (ARegV) belastet. Im Segment Gas wirken sich die Vorgaben zur Senkung der Erlösobergrenze in der zweiten Regulierungsperiode (2013 bis 2017) stärker als in der ersten Regulierungsperiode aus.

Wesentliche Ergebnisstütze der MAINOVA ist wie auch in den Vorjahren das Ergebnis im Segment Gas. Sowohl die Absatzmengen als auch das Ergebnis bewegen sich unter Berücksichtigung witterungsbedingter Schwankungen auf einem geringfügig unterhalb des Vorjahres liegenden Niveau. Im Segment Strom planen wir, unsere Marktposition weiter auszubauen und durch leichte Absatz- und Umsatzsteigerungen operativ einen moderaten Ergebnisanstieg erzielen zu können. Das Jahr 2013 war jedoch durch Risikovorsorgen deutlich belastet. Im Segment Wärme- und Stromerzeugung gehen wir von einer konstanten Mengenentwicklung aus, erwarten jedoch aufgrund der Entwicklung der Spreads einen deutlichen Ergebnisrückgang. Die Ergebnisplanung für das Segment Wasser ist dagegen weiterhin von den Auswirkungen des Wasserkartellverfahrens geprägt und bewegt sich auf dem Vorjahresniveau.

Insgesamt planen wir trotz des weiterhin volatilen Marktumfelds im Jahr 2014 eine stabile Ertragslage. Wir gehen jedoch davon aus, dass das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit im Jahr 2014 aufgrund des 2013 vereinnahmten Ertrags aus einem Anlagenverkauf leicht unter dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres liegen wird. Maßgeblich für die Kompensation der schwierigen Marktlage sind nachhaltig wirkende Produktivitätssteigerungen und Kostenreduzierungen, welche wir durch die weiterhin konsequente Umsetzung der im Rahmen unseres Effizienzprogramms „EINS“ definierten Maßnahmen erwarten.

Bezüglich der Leistungsindikatoren Mitarbeiter- und Kundenzufriedenheit gehen wir für das Jahr 2014 von einer stabilen Entwicklung auf Vorjahresniveau aus.

4.1.5 Zukünftige Investitionen und Finanzlage

Wesentliche Bestandteile unserer Unternehmensstrategie sind die Sicherstellung der Versorgungssicherheit sowie die umweltschonende Energieerzeugung.

Unser geplantes Gesamtinvestitionsvolumen für das Jahr 2014 beläuft sich auf rund 124 Mio. Euro. Damit bewegt sich das Investitionsniveau deutlich über dem Durchschnitt der vorherigen Jahre.

Im Jahr 2014 und in den darauffolgenden Jahren liegt ein bedeutender Investitionsschwerpunkt in der Umsetzung unseres neuen Konzepts zur Fernwärmeversorgung und den damit verbundenen Investitionen in das Fernwärmenetz und unsere bestehenden Erzeugungsanlagen.

Von den Gesamtinvestitionen entfallen rund 62 Mio. Euro auf den Ausbau und die Erweiterung unserer Versorgungsnetze, wodurch ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und -qualität im Interesse unse-

rer Kunden gewährleistet werden soll. Ferner trägt der Ausbau der Netzinfrastruktur im Fernwärmebereich zur weiteren Verbesserung der Klimabilanz der Stadt Frankfurt am Main bei. Zur Erweiterung des bestehenden Netzgebiets sowie zur Nutzung von Synergieeffekten ist der Erwerb neuer Konzessionen vorgesehen.

Den zweiten Investitionsschwerpunkt mit rund 19 Mio. Euro bildet unsere konventionelle Erzeugung in Frankfurt am Main, um weiterhin die Verfügbarkeit der Erzeugungsanlagen sowie den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung sicherzustellen. Effizienzsteigerungen im Bereich der Kraftwerke leisten mittel- und langfristig einen wesentlichen Ergebnisbeitrag.

Für Investitionen in regenerative Energien sind rund 19 Mio. Euro vorgesehen. Damit setzen wir unsere Erzeugungsstrategie mit dem Ziel des Ausbaus erneuerbarer Energien konsequent um. Durch Unsicherheiten in den rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen könnten in der Umsetzung allerdings Verzögerungen eintreten.

Des Weiteren sind aufgrund laufender Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen Anpassungen der IT-Infrastruktur erforderlich.

Wir gehen davon aus, dass unser Investitionskurs insbesondere im Bereich der Energieerzeugung nicht ausschließlich durch Eigenmittel finanzierbar ist. Wir werden daher zum gegebenen Zeitpunkt die für uns geeigneten Finanzierungsmöglichkeiten prüfen.

4.2 Chancen- und Risikobericht

4.2.1 Beurteilung der Risikosituation durch die Unternehmensleitung

Insbesondere im Hinblick auf die anhaltend unsicheren Rahmenbedingungen ist zur Gewährleistung des langfristigen Unternehmenserfolgs ein nachhaltiges Risikomanagementsystem von großer Bedeutung. Alle von den Unternehmensbereichen gemeldeten Risiken werden gemäß der Risikomanagement-Richtlinie zentral erfasst. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Gesamtumfang der Risiken und Chancen nur geringfügig verändert. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine Risiken erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

4.2.2 Risikomanagementsystem

Die Risikoeinschätzungen werden durch ein systematisches Risikomanagement abgebildet. Dabei verstehen wir das Risikomanagement als systematische Identifizierung, adäquate Bewertung sowie Steuerung von Chancen und Risiken. Risiko ist hierbei als eine negative Abweichung von unternehmerischen

Zielen oder Planwerten definiert. Demgegenüber bezeichnen wir Chancen als positive Abweichungen vom geplanten Unternehmensergebnis. Die Basis für die Chancen- und Risikobewertung bilden Einschätzungen sowie Annahmen über denkbare zukünftige Entwicklungen und Ereignisse.

Wir unterscheiden zwischen Markt- und Unternehmenschancen bzw. -risiken sowie übergeordneten und strategischen Sachverhalten. Marktchancen und -risiken entstehen im Wesentlichen durch Preisveränderungen an den Absatz- und Beschaffungsmärkten. Daneben beziehen sich die Unternehmenschancen und -risiken auf die operative Geschäftstätigkeit. Aus übergeordneten bzw. strategischen Sachverhalten ergeben sich zudem sonstige ereignisgebundene Einzelchancen und -risiken.

Die Risikotragfähigkeit wird auf der Basis des Eigenkapitals und des geplanten Ergebnisses des jeweiligen Geschäftsjahres ermittelt. Die Risikosteuerung erfolgt, insbesondere in Bezug auf die Marktrisiken, anhand eines Limitsystems, welches die Gegenüberstellung von Risiken und der entsprechenden Tragfähigkeit beinhaltet.

Im Rahmen eines Früherkennungssystems, der Risikoinventur, werden alle Risiken von unseren Unternehmensbereichen bzw. den einbezogenen Tochterunternehmen systematisch und eigenverantwortlich erfasst und differenziert bewertet. In deren Verantwortung liegt es ebenfalls, Maßnahmen zur Vermeidung, Reduzierung und Kontrolle von Risiken zu initiieren und ihre Wirksamkeit sicherzustellen. Daneben erfolgt das Monitoring der Marktrisiken im Rahmen der monatlichen Sitzungen des Markt-Risiko-Komitees (MRK).

Die zentrale Koordination und die Steuerung des Risikomanagements sind dem Bereich „Finanzen, Rechnungswesen und Controlling“ zugeordnet. Dieser ist für die Berichterstattung über die Chancen- und Risikolage an den Vorstand sowie unseren Aufsichtsrat verantwortlich. Unvorhergesehene wesentliche Veränderungen der Risikosituation werden vom zentralen Risikomanagement oder von den verantwortlichen Unternehmensbereichen ad hoc an die Unternehmensleitung berichtet.

Die Identifikation und Nutzung von Chancen liegen in der Verantwortung der Unternehmensbereiche. Die sich bietenden Marktchancen werden zudem im MRK erörtert.

Die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems wird regelmäßig von der internen Revision geprüft. Zudem begutachtet der Wirtschaftsprüfer die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen nach § 91 Abs. 2 AktG.

4.2.3 Marktchancen und -risiken

Das sich verändernde Branchenumfeld führt nachhaltig zu immer stärkeren und schwerer zu prognostizierenden Preisbewegungen an den Rohstoff- und Energiebeschaffungsmärkten. Die zunehmende Preisvolatilität birgt sowohl im Rahmen der Beschaffung von Strom und Gas für unsere Kunden als auch bei der Vermarktung der in unseren eigenen Kraftwerken erzeugten Energie vielfältige Chancen und Risiken auf der Beschaffungs- und der Absatzseite.

Der steigende Anteil an vorrangig ins Netz eingespeistem Strom aus erneuerbaren und schwankenden Energiequellen hat zu einem Verfall der Preise am Großhandelsmarkt geführt. Gleichzeitig kommen unsere Kraftwerke zur Deckung von Nachfragespitzen, wie beispielsweise zur Mittagszeit, immer seltener zum Einsatz, da zu diesen Zeiten ausreichend Solar- und Windstrom vorhanden ist. Sinkende Strompreise und geringere Betriebsstunden beeinträchtigen daher die Erlöspotenziale aus unseren Erzeugungsanlagen. Dieser Marktentwicklung begegnen wir mit einer langfristig und risikodiversifiziert ausgelegten Vermarktungsstrategie, die einer regelmäßigen Überprüfung und Anpassung auf der Basis der Entwicklungen an den Energie- und Rohstoffmärkten unterliegt.

Für die zuletzt aufgrund von geringen Markteinsatzmöglichkeiten angespannte Ergebnissituation unserer Beteiligung am Gemeinschaftskraftwerk Irsching konnte im April 2013 gemeinsam mit der BNetzA und dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT eine Lösung gefunden werden. Die Einigung sieht vor, dass die Vorhaltung von systemrelevanter Kraftwerksleistung vom Übertragungsnetzbetreiber vergütet wird.

Zur Absicherung der Preisrisiken aus der Brennstoffbeschaffung setzen wir Kohle-, Gas- und Ölswaps als Sicherungsinstrumente ein. Gleichzeitig wird zur Sicherung der Stromerlöse ein Vermarktungsgeschäft (Forward) für die eigenerzeugten Mengen abgeschlossen. Bei der bilanziellen Darstellung konnten für einzelne Kohle-, Gas- und Ölswaps keine Bewertungseinheiten gebildet werden, obwohl eine ökonomische Sicherungsbeziehung besteht.

Strommengen für unser Vertriebsportfolio decken wir an den Großhandelsmärkten ein. Preisrisiken minimieren wir an dieser Stelle durch eine gestreute Beschaffung. Diese Beschaffungsstrategie gewährleistet zum einen marktorientierte Beschaffungskonditionen und zum anderen schließt sie spekulative Elemente aus.

Zu Beginn des Gaswirtschaftsjahres 2013/2014 sind langfristige Vollversorgungsverträge zur Gasbeschaffung ausgelaufen. Unsere neue Bezugsstrategie sieht

analog zum Strombezug nun eine marktnahe und deutlich differenziertere Beschaffung vor. Den daraus resultierenden Marktopportunitäten stehen Mengen- und Preisrisiken gegenüber. Zur Begrenzung dieser Risiken wurde ein entsprechendes Limitsystem installiert, welches zudem eine zeitliche Streuung der Beschaffungsaktivitäten sicherstellt.

In einem begrenzten und regelmäßig überprüften Rahmen betreiben wir Eigenhandel mit definierten Commodities mit dem Ziel, Handelsmargen aus den Preisbewegungen am Markt zu generieren. Daraus resultieren sowohl die Chance auf die Erzielung positiver Ergebnisbeiträge sowie das Risiko des Abschlusses von verlustreichen Geschäften.

Bezüglich der Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten verweisen wir auf den Abschnitt 7 im Anhang.

Für die Steuerung und Überwachung der Marktchancen und -risiken, welche sich aus den Kerngeschäftsprozessen Energiebezug und Handel, Vertrieb und Erzeugung ergeben, ist das MRK verantwortlich.

Um Marktrisiken beherrschbar zu machen, haben wir klare Strategien und Rahmenbedingungen definiert, in deren Grenzen Beschaffungs- und Vermarktungsaktivitäten sowie finanzielle Sicherungs- und Eigenhandelsgeschäfte durchgeführt werden können. Die Basis hierfür bildet das Risikomanagementhandbuch, welches vom MRK freigegeben und regelmäßig überprüft wird.

Die Grundlage für die Risikosteuerung ist ein entsprechendes von den operativen Einheiten unabhängiges Berichtswesen, das kontinuierlich die Risiken auf der Basis der zugelassenen Instrumente überwacht. Die zentrale Kennzahl zur Steuerung der Risiken ist der Value at Risk (VaR). Dieser zeigt mögliche Ergebnisschwankungen auf, die aus offenen Positionen des Energiehandels-Portfolios entstehen können. Der VaR bezieht sich dabei auf das aktuelle sowie die drei folgenden Geschäftsjahre. Darüber hinaus werden Volumen- und absolute Verlustlimite als Steuerungsgröße definiert. Zum 31. Dezember 2013 betrug der VaR rund 12 Mio. Euro, was einer Ausschöpfung des Limits von 24 % entspricht.

4.2.4 Unternehmenschancen und -risiken sowie übergeordnete Sachverhalte

Die allgemeinen Unternehmenschancen und -risiken sowie übergeordneten Sachverhalte umfassen alle Arten von Chancen und Risiken, die sich aus unserer Geschäftstätigkeit ergeben, sowie sonstige ereignisgebundene Einzelchancen und -risiken aus übergeordneten bzw. strategischen Sachverhalten.

Die Unternehmensrisiken werden entlang der Wertschöpfungsstufen in die Kategorien Erzeugung, Vertrieb, Netz und Regulierung, Finanzen und Beteiligungen, Shared Service sowie Recht und Compliance und Revision eingeteilt.

Der Erwartungswert aller erfassten Risiken entfällt mit 2 % auf die Erzeugung, 52 % auf den Vertrieb, 19 % auf Netz und Regulierungsrisiken und 27 % auf sonstige Risiken. Der Erwartungswert nach bereits ergriffenen Gegenmaßnahmen beläuft sich zum 31. Dezember 2013 auf 27 Mio. Euro, wovon 6 Mio. Euro auf die zehn größten Risiken entfallen.

4.2.4.1 Erzeugung

Aus dem Kraftwerksbetrieb können sich trotz regelmäßiger Überwachung und Modernisierung von Erzeugungsanlagen Risiken aufgrund von technischen Störungen bzw. des Ausfalls von Anlagen ergeben. Die sachgerechte Instandhaltung und Wartung der Anlagen reduzieren diese Risiken. Bei auftretenden Schäden und Ausfällen können wir die finanziellen Auswirkungen in begrenztem Ausmaß durch abgeschlossene Versicherungen verringern.

Durch die Energiewende und die vorrangige Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien ergeben sich neben den Risiken aus sinkenden Erzeugungsmengen auch Chancen. Wir ergreifen diese, indem wir in regenerative Erzeugungsanlagen investieren. Unser Engagement konzentriert sich überwiegend auf Beteiligungen an Photovoltaik- und On-Shore-Windparks. Dabei bilden, insbesondere in Bezug auf zukünftige Investitionsentscheidungen, zuverlässige politische Rahmenbedingungen die Grundlage für eine ausreichende Planungssicherheit.

Ferner steigern wir durch Optimierungsmaßnahmen die Rentabilität unseres konventionellen Kraftwerksparks. Bereits im letzten Jahr konnten wir unsere großen Kraftwerksblöcke an den Standorten West und Niederrad für die Teilnahme am sogenannten Minutenreserve- und Sekundärregelmarkt qualifizieren. Jene sind somit in der Lage, Netzschwankungen kurzfristig auszugleichen. Dadurch leisten sie einen zunehmenden Beitrag zur Sicherstellung der Netzstabilität und Versorgungssicherheit. Zudem optimieren wir die Rentabilität unseres Kraftwerksparks durch die Vermarktung kurzfristig verfügbarer Erzeugungskapazitäten im Rahmen des Intraday-Handels.

4.2.4.2 Vertrieb

Aus dem sich weiter intensivierenden Wettbewerb auf den Privat- und Geschäftskundenmärkten ergeben sich für uns sowohl Chancen als auch Risiken bei der Strom- und Gasversorgung. Die Chancen nutzen wir, indem wir unser Vertriebsgebiet gezielt und fokussiert erweitern und so neue Kunden gewinnen.

Darüber hinaus ist die Bestandskundenpflege ein wichtiger Baustein zur Sicherung unserer bisherigen Marktanteile und mindert somit das Risiko von Mengenverlusten. Wir übernehmen für unsere Kunden zunehmend die Funktion eines umfassenden Energiedienstleisters.

Die Absatzmengen für Erdgas und Fernwärme sind in hohem Maße witterungsabhängig. Planerisch gehen wir diesbezüglich jeweils von einem durchschnittlichen Witterungsverlauf aus. Abweichungen davon können sowohl Chancen als auch Risiken darstellen. So war das Jahr 2013 im Durchschnitt deutlich kälter als das Vorjahr, wodurch der Absatz an Privathaushalte bei Erdgas und Wärme gestiegen ist.

Der Bundesgerichtshof hat in verschiedenen Urteilen gegen Energieversorgungsunternehmen Preisanpassungsklauseln für unwirksam erklärt. Die bisher als rechtssicher geltende Übernahme der gesetzlichen Preisanpassungsklauseln wurde durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofs verworfen. Unsere Preisanpassungsklauseln in den Sparten Strom, Gas und Wärme waren mehrfach Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen. Bis heute liegt jedoch kein gerichtliches Urteil vor, welches unsere Preisanpassungsklauseln für unwirksam erklärt.

Infolge einer kartellrechtlichen Überprüfung unserer Wasserpreise haben wir uns im Jahr 2012 im Rahmen eines Vergleichs mit dem Wirtschaftsministerium des Landes Hessen verpflichtet, die Wasserpreise in den Jahren 2012 bis 2014 für alle Kunden im Tarif „Aqua Classic“ unabhängig vom Jahresverbrauch um 20 % gegenüber dem Jahr 2011 zu reduzieren. Die wirtschaftlichen Belastungen aus der Vergleichsvereinbarung sind überwiegend durch bilanzielle Vorsorgen gedeckt.

4.2.4.3 Netz und Regulierung

Regulatorische Risiken ergeben sich insbesondere aus den Vorgaben des EnWG einschließlich der Verordnungen sowie den Festlegungen der BNetzA zu den Kosten und Erlösen der Netzbetreiber. Jene zwingen die Netzbetreiber, die Kosten zu senken und gleichzeitig weiterhin eine angemessene Versorgungsqualität zu gewährleisten.

Für die zweite Regulierungsperiode Gas (ab 2013) liegt die endgültige Festlegung der Erlösobergrenze aufgrund der Novellierung der Netzentgeltverordnungen noch nicht vor. Beim Strom hat die BNetzA die Kostenprüfung zur Bestimmung des Ausgangsniveaus für die zweite Regulierungsperiode durchgeführt. Mit dem anstehenden Effizienzvergleich sind dann die wesentlichen Schritte bei der Vorbereitung auf die zweite Regulierungsperiode abgeschlossen.

Die Position der BNetzA, die Personalzusatzkosten unserer Netzgesellschaft aufgrund der Mitarbeiterüberlassung in die Effizienzvergleiche einzubeziehen, hat den Kostensenkungsdruck weiter verschärft. Beim Stromnetz konnten wir einen Vergleich mit der BNetzA schließen, beim Gasnetz werden wir in Abhängigkeit von der Festlegung zur Erlösobergrenze reagieren.

Die geplanten Verordnungen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) zum flächendeckenden Einsatz intelligenter Messsysteme können in der von deren Gutachtern empfohlenen Form zu erheblichem zusätzlichem Aufwand führen.

Bei der rechtlichen Sicherung der Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und den Betrieb von Strom- und Gasinfrastruktureinrichtungen müssen die konzessionsgebenden Städte und Gemeinden inzwischen strukturierte Vergabeverfahren umsetzen. Beim Auslaufen der Verträge ergibt sich durch die Vergabevorschriften ein höherer Anreiz für Wettbewerber, ein Angebot zu platzieren. Auch wir bewerben uns in einem definierten Radius rund um das Stammgebiet um weitere Strom- und Gaskonzessionen. Parallel tendieren Städte und Gemeinden im Umland dazu, die Konzession an eine kommunale Netzeigentums-gesellschaft zu vergeben, an der sie als Gesellschafter beteiligt sind. Der Netzbetrieb erfolgt dann in der Regel wiederum durch einen etablierten Netzbetreiber, mit dem die kommunale Gesellschaft einen Pachtvertrag abschließt. Eine Variation sind Kooperationsgesellschaften der Kommune mit einem anderen Energieversorgungsunternehmen, die sich im Rahmen der Vergabeverfahren gemeinsam um die Konzession bewerben. Dieser Konzessionswettbewerb bietet den etablierten Netzeigentümern sowie Netzbetreibern jeweils Wachstumschancen. Gleichzeitig birgt er aber auch das Risiko, eigene Konzessionen an andere Netzeigentümer und -betreiber vollständig zu verlieren oder die Konzession nur im Rahmen eines Kooperationsmodells mit dem Konzessionsgeber weiterführen zu können.

4.2.4.4 Finanzen und Beteiligungen

In der Kategorie „Finanzen und Beteiligungen“ werden finanzielle und steuerliche Risiken sowie Chancen und Risiken aus Beteiligungen erfasst. Die finanziellen Risiken umfassen Liquiditäts- und Zinsänderungsrisiken, Forderungsausfallrisiken und Risiken aus der Nichteinhaltung vereinbarter Finanzkennzahlen (Covenants) aus der Fremdkapitalaufnahme.

Liquiditätsrisiken können bestehen, wenn die erforderlichen Finanzmittel zur Einhaltung von Zahlungsverpflichtungen nicht zur Verfügung stehen. Durch die Einbindung in das systematische Liquiditätsma-

nagement der SWFH wirken wir diesen Risiken entgegen. Wir verfügen bei der SWFH über eine Kreditlinie in Höhe von 40 Mio. Euro. Darüber hinaus besteht grundsätzlich die Möglichkeit, mit der SWFH Termingelder zur Abdeckung von Liquiditätsunterdeckungen zu vereinbaren. Bei Banken liegen keine Kreditlinien vor.

Zinsänderungsrisiken resultieren aus marktbedingten Schwankungen der Zinssätze und wirken sich auf die Höhe der Zinsaufwendungen aus. Bei uns bestehen diese Risiken für verzinsliche Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, bei denen die Laufzeiten die vereinbarten Zinsbindungsfristen übersteigen. Wir begegnen derartigen Zinsänderungsrisiken zum Teil durch den Abschluss von Verträgen mit langfristigen Zinsbindungsfristen. Darüber hinaus werden in Einzelfällen Zinsswaps abgeschlossen.

Forderungsausfallrisiken bestehen in Bezug auf die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage einerseits bei den Kunden und andererseits bei den Kontrahenten im Energiehandel. Ein anforderungsgerechtes Forderungsmanagement sowie strenge Bonitätsrichtlinien für den Abschluss von neuen Verträgen und die Gewährung von Ratenplänen führten hier zu einer Risikoreduktion.

Das Beteiligungscontrolling stellt im Rahmen der turnusmäßigen Berichterstattung die Überwachung der Chancen und Risiken aus Beteiligungsgesellschaften sicher. Dabei werden Plan-Ist-Abweichungen, die negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, analysiert und, falls es erforderlich ist, gemeinsam mit der Gesellschaft Maßnahmen zur Risikominimierung erarbeitet. Darüber hinaus werden insbesondere mit den großen Beteiligungsgesellschaften regelmäßige Gespräche zur wirtschaftlichen Entwicklung geführt, in denen auch die Unternehmensstrategie, Regulierungseinflüsse und Rentabilität größerer Investitionsvorhaben erörtert werden. Sofern Ereignisse oder veränderte Umstände darauf hindeuten, dass die Buchwerte unserer Beteiligungsgesellschaften in ihrem Wert gemindert sind, wird eine Werthaltigkeitsprüfung vorgenommen.

4.2.4.5 Shared Service

In dieser Kategorie werden insbesondere Risiken aus den Bereichen Personal und IT erfasst. Im Personalbereich sind wir einem zunehmenden Wettbewerb um qualifiziertes Personal ausgesetzt. Um Risiken aus der Abwanderung von Leistungsträgern in Schlüsselfunktionen und dem damit verbundenen Verlust von Know-how entgegenzuwirken, setzen wir auf eine bedarfsgerechte, stärkenorientierte Personalentwicklung und -förderung sowie die Weiterentwicklung der Unternehmenskultur. Ein betriebliches

Gesundheitsmanagement sowie eine regelmäßige Mitarbeiterbefragung tragen ebenfalls dazu bei.

Im IT-Bereich entstehen Risiken aufgrund einer eingeschränkten Systemverfügbarkeit sowie aus Datenschutz- und Integritätsgründen. Diesen Risiken treten wir durch redundante Systemstrukturen, technische und organisatorische Schutzmaßnahmen und ein effizientes Berechtigungskonzept aktiv entgegen. Die Aufrechterhaltung und Optimierung der komplexen IT-Systeme werden maßgeblich durch den Einsatz qualifizierter interner und externer Fachkräfte sowie die kontinuierliche Modernisierung von Hard- und Software erreicht.

4.2.4.6 Recht, Compliance und Revision

Rechtliche Risiken können sich aus Änderungen der Rechtslage durch das Inkrafttreten neuer oder geänderter Gesetze und Verordnungen sowie aus höchstrichterlicher Rechtsprechung ergeben. Die seitens der EU-Kommission geforderte Novellierung der Finanzmarkttrichtlinie, kurz MiFID (Markets in Financial Instruments Directive), sieht vor, dass Teile des Energiemarkts in die Finanzmarktregulierung einbezogen werden. Nach dem aktuellen Entwurf sind wir nicht unmittelbar betroffen. Mittelbar können jedoch Risiken entstehen, wenn Vorlieferanten unter die Finanzmarktregulierung fallen.

Durch die Einführung der REMIT (Regulation on Energy Market Integrity and Transparency) ergeben sich für uns als Energieerzeuger und -händler Verpflichtungen zu Datenmeldungen und zur Datentransparenz, die unter anderem die Veröffentlichung von Kraftwerksdaten umfassen. Durch die Neugestaltung interner Prozesse, Initiierung von Projekten im IT-Bereich und im Handel sowie die Schulung aller relevanten Mitarbeiter kommen wir diesen neuen Anforderungen nach.

Die finale Ausgestaltung der EMIR (European Market Infrastructure Regulation)-Verordnung ist im März 2013 in Kraft getreten. Von Clearingpflichten sind wir derzeit nicht betroffen. Die Überprüfung der entsprechenden Schwellenwerte erfolgt für alle Konzerngesellschaften zentral durch die SWFH auf der Basis der von der MAINOVA gelieferten Daten. Von den Datenmeldepflichten ist der Handel ab dem 1. Januar 2014 betroffen.

Compliance-relevante Risiken umfassen Verstöße gegen interne Richtlinien und Verhaltensregeln sowie gesetzliche Vorgaben, wie z. B. Regelungen zu Korruption, Datenschutz oder Umweltschutz- und Arbeitssicherheitsbestimmungen. Zur Verminderung der Compliance-Risiken führt das Compliance Management regelmäßig Risikoanalysen durch und entwickelt hieraus konzerneinheitliche Grundsätze

und Maßnahmen, mit denen erreicht wird, dass sich MAINOVA und die für sie handelnden Personen rechts- und richtlinienkonform verhalten und die Unternehmenswerte beachten. Zu diesen Maßnahmen zählen z. B. ein Verhaltenskodex und Compliance-Schulungen für Mitarbeiter und Führungskräfte. Zudem wird sichergestellt, dass für die betroffenen Compliance-Risiken ein hinreichender Versicherungsschutz besteht.

5 Sonstige Angaben

5.1 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess nach § 289 Abs. 5 HGB

Die Zielsetzung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems ist es, die Ordnungsmäßigkeit sowie die Verlässlichkeit der Rechnungslegung und Finanzberichterstattung durch die Implementierung von Kontrollen sicherzustellen. Das System beinhaltet Grundsätze, Verfahren, Regelungen und Maßnahmen, um eine vollständige, korrekte und zeitnahe Erfassung von Geschäftsvorfällen unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu gewährleisten. Die Grundlage hierfür sind die Identifikation möglicher Fehlerquellen und die wirksame Begrenzung daraus resultierender Risiken.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem ist ein integraler Bestandteil des Rechnungslegungsprozesses der MAINOVA und erstreckt sich auf die Finanzberichterstattung im gesamten Konzern. Es beinhaltet eine klare Funktionstrennung zwischen den beteiligten Bereichen, die darüber hinaus in quantitativer wie qualitativer Hinsicht angemessen ausgestaltet sind. Bei allen rechnungslegungsrelevanten Prozessen finden regelmäßig analytische Prüfungen statt. Die im Risikomanagementsystem erfassten und bewerteten Risiken werden im Jahresabschluss berücksichtigt, sofern bestehende Bilanzierungsregelungen dies vorschreiben.

Die für die Rechnungslegung eingesetzten IT-Systeme sind durch Sicherheitsvorkehrungen gegen unbefugte Zugriffe geschützt. Soweit es möglich ist, wird Standardsoftware eingesetzt. Erhaltene oder weitergegebene Rechnungslegungsdaten werden regelmäßig in Stichproben auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüft. Durch die eingesetzte Software finden programmierte Plausibilitätsprüfungen statt.

Für die Umsetzung dieser Regelungen und die Nutzung der Instrumentarien sind die beteiligten Bereiche und Abteilungen zuständig.

Die Verantwortlichkeit für die Implementierung, Aufrechterhaltung und Wirksamkeit des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems sowie die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben liegen bei dem für Finanzen zuständigen Mitglied des Vorstands der MAINOVA. Diese Verantwortung ist in der Geschäftsordnung des Vorstands festgehalten. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und konzerninternen Richtlinien für das Kontroll- und Risikomanagementsystem wird von der internen Revision im Rahmen von risikoorientierten Prüfungen überwacht.

Der Aufsichtsrat überwacht regelmäßig als übergeordnete Instanz das interne Kontroll-, Risikomanagement- und Revisionssystem auf seine Angemessenheit.

5.2 Grundzüge des Vergütungssystems für den Vorstand

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August 2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Aufsichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer fixen und einer variablen Vergütung zusammen. Die fixe Vergütung besteht aus einer Grundvergütung und einem Tantiemeanteil. Lediglich die Grundvergütung ist ruhegehaltsfähig. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sachleistungen. Diese umfassen im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwagen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente sowie ein langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzziele gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderungen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem langfristigen Anreizprogramm LAP teil. Die Auszahlung im Rahmen des LAP erfolgt am Ende eines dreijährigen Performancezeitraums. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab

definierten finanziellen und qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das erreichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns während des Performancezeitraums. Als qualitative Erfolgsziele werden die „Mitarbeiterzufriedenheit“ und „Kundenzufriedenheit“ herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kappung). Werden die Mindestziele bei allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmöglichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

5.3 Übernahmerelevante Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB

Das Grundkapital der MAINOVA beträgt 142.336.000 Euro und ist in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien, jeweils mit einem rechnerischen Anteil am Grundkapital von 25,60 Euro je Aktie, eingeteilt. Davon lauten 5.499.296 (rund 98,9 %) auf den Namen und 60.704 (rund 1,1 %) auf den Inhaber. Die Inhaberaktien sind zum regulierten Markt an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Die mit den Aktien verbundenen Rechte und Pflichten richten sich nach dem Aktiengesetz. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben. Die am Kapital der Gesellschaft beteiligten Arbeitnehmer können ihre Stimmrechte uneingeschränkt selbst ausüben.

Nach Kenntnis der Gesellschaft hält die Mehrheitsaktionärin Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main, (SWFH) 4.170.002 Namens-Stückaktien und 12.078 Inhaber-Stückaktien (insgesamt rund 75,22 %). Diese Aktien werden der Stadt Frankfurt am Main zugerechnet. Von der Minderheitsaktionärin Thüga Aktiengesellschaft, München, (Thüga) werden nach Kenntnis der Gesellschaft 1.329.294 Namens-Stückaktien und 31.216 Inhaber-Stückaktien gehalten (insgesamt rund 24,47 %). Diese Aktien werden der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding) zugerechnet. Die restlichen Aktien befinden sich im Streubesitz (rund 0,31 %). Die SWFH und die Thüga stimmen die Ausübung der Stimmrechte aus den Aktien nach Maßgabe der konsortialvertraglichen Vereinbarungen ab.

Die Namens-Stückaktien sind nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragbar, soweit diese nicht auf

die SWFH übertragen werden. Die Hauptversammlung entscheidet über die Zustimmung.

Der Vorstand ist nicht zur Ausgabe oder zum Rückkauf von Aktien befugt. Die Zwangseinziehung von Aktien ist gemäß § 5 der Satzung zugelassen.

Gemäß § 6 der Satzung besteht der Vorstand aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Mitglieder des Vorstands. Für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern ist gemäß § 31 MitbestG eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Stimmen der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstands gemäß § 84 Abs. 1 Satz 1 AktG auf höchstens fünf Jahre. Der Aufsichtsrat ist gemäß § 84 Abs. 3 AktG auch für den Widerruf der Bestellung zuständig.

Soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes vorgeschrieben ist, bedürfen Satzungsänderungen der einfachen Kapital- und Stimmenmehrheit.

Von den von der Gesellschaft in Anspruch genommenen Darlehen könnten im Falle eines Kontrollwechsels insgesamt Darlehen in Höhe von 48,2 Mio. Euro vom Darlehensgeber gekündigt werden. Dies würde sich belastend auf die Liquidität der Gesellschaft auswirken. Diese Kündigungsrechte bestehen jedoch nicht uneingeschränkt. So können sie bei einigen Darlehen nicht ausgeübt werden, wenn zusätzliche Sicherheiten gestellt werden (17,3 Mio. Euro) beziehungsweise bei anderen Darlehen keine Bonitätsverschlechterung des Darlehensnehmers eintritt (6,2 Mio. Euro). Bei weiteren Darlehen (24,7 Mio. Euro) ist der Darlehensgeber zwar zur Kündigung berechtigt, kann aber auch eine Anpassung der Sicherheiten verlangen.

Die MAINOVA hat mit ihren Mitgesellschaftern in der Thüga Holding Vereinbarungen geschlossen, die gegenseitige Call-Optionen für den Fall eines Kontrollwechsels bei einer Partei vorsehen. Abweichend von den Vorschriften der §§ 289 Abs. 4 Nr. 8, 315 Abs. 4 Nr. 8 HGB und des Deutschen Rechnungslegungsstandards Nr. 20 (DRS 20), liegt ein Kontrollwechsel im Sinne dieser Vereinbarung dann vor, wenn eine Person, die zuvor keine Mehrheit der Stimmen oder des Kapitals an einer Partei hält oder anderweitig keinen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss im Sinne des § 17 AktG auf eine Partei ausübt, eine solche Mehrheit beziehungsweise einen solchen direkten oder indirekten beherrschenden Einfluss erlangt. Jede von einem Kontrollwechsel nicht betroffene Partei ist jeweils nach dem Verhältnis ihrer Beteiligung berechtigt, von der durch den Kontrollwechsel betroffenen Partei die Übertragung der betreffenden Aktien zu verlangen. Der Kaufpreis für

die von der Call-Option betroffenen Aktien entspricht dem anteiligen Ertragswert.

Nachfolgend sind die weiteren wesentlichen Vereinbarungen aufgeführt, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels stehen:

Im Partnerschaftsvertrag über den Bau und Betrieb eines Gas- und Dampfkraftwerks am Standort Irching haben die Vertragsparteien vereinbart, sich im Falle eines bei einer Partei eintretenden Kontrollwechsels die jeweils gehaltenen Geschäftsanteile an der GKI gegenseitig zum Kauf anzubieten. Bei einem Ausscheiden aus der Kraftwerksgesellschaft würde die MAINOVA einen maßgeblichen Teil ihrer Eigenzeugungskapazität für Strom verlieren.

Der Konsortialvertrag mit der Beteiligungsholding der Stadt Hanau und der Gesellschaftsvertrag der NRM stehen unter dem Vorbehalt der Kündigung für den Fall des Kontrollwechsels.

Der Gesellschaftsvertrag der Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH sieht die Möglichkeit der Kündigung für den Fall vor, dass es bei der MAINOVA oder dem Vertragspartner, der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, zu einem Kontrollwechsel kommt.

Im Konsortialvertrag der Dynega Energiehandel GmbH ist die Möglichkeit des Ausschlusses eines Gesellschafters durch Gesellschafterbeschluss vorgesehen, wenn jener nicht mehr zumindest überwiegend unmittelbar oder mittelbar in kommunalem Eigentum steht oder nicht mehr kommunaler Kontrolle unterliegt.

Der Gesellschaftsvertrag der Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG sieht vor, dass die Kommanditisten einen der ihren aus der Gesellschaft ausschließen können, falls es bei diesem zu einem Kontrollwechsel kommt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der MAINOVA innehat (Kontrollwechsel), oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß § 190 ff. UmwG oder beim Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die MAINOVA der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Konzerns der SWFH unterstellt (Beherrschungsvertrag gemäß § 291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die MAINOVA dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amtes. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Die maximale

Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

5.4 Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB

Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB kann im Internet (www.mainova.de/governance-bericht) eingesehen werden.

Frankfurt am Main, den 7. März 2014



DR. ALSHEIMER



PROF. DR. BIRKNER



BREIDENBACH



HERBST

6 Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 7. März 2014



DR. ALSHEIMER



PROF. DR. BIRKNER



BREIDENBACH



HERBST

Bilanz zum 31. Dezember 2013

TSD. €	ANHANG	31.12.2013	31.12.2012
AKTIVA	TZ.		
A. Anlagevermögen	(1)		
Immaterielle Vermögensgegenstände		42.255	43.641
Sachanlagen		704.484	707.438
Finanzanlagen		284.735	270.009
Anlagevermögen gesamt		1.031.474	1.021.088
B. Umlaufvermögen			
Vorräte	(2)	36.706	23.699
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	(3)	348.986	317.946
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	(4)	559	2.918
Umlaufvermögen gesamt		386.251	344.563
C. Rechnungsabgrenzungsposten	(5)	1.733	1.558
Summe Aktiva		1.419.458	1.367.209
PASSIVA			
A. Eigenkapital			
Gezeichnetes Kapital	(6)	142.336	142.336
Kapitalrücklage	(7)	207.083	207.083
Gewinnrücklagen	(7)	7.260	7.260
Eigenkapital gesamt		356.679	356.679
B. Erhaltene Zuschüsse		110.637	103.405
C. Rückstellungen	(8)	325.459	334.334
D. Verbindlichkeiten	(9)	620.225	565.094
E. Rechnungsabgrenzungsposten	(10)	6.458	7.697
Summe Passiva		1.419.458	1.367.209

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013

TSD. €	ANHANG	31.12.2013	31.12.2012
Umsatzerlöse	(13)	2.295.561	2.075.727
Bestandsveränderung		-103	-426
Andere aktivierte Eigenleistungen		1.148	1.681
Sonstige betriebliche Erträge	(14)	115.722	124.422
Materialaufwand	(15)	1.881.784	1.664.679
Personalaufwand	(16)	191.434	193.455
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	(17)	66.578	66.676
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(18)	190.530	200.160
Ergebnis aus Finanzanlagen	(19)	24.643	16.499
Zinsergebnis	(20)	-12.012	-11.268
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		94.633	81.665
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(21)	32.123	26.635
Sonstige Steuern		3.841	3.626
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne		58.669	51.404
Jahresüberschuss		-	-

Mainova Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main Anhang für das Geschäftsjahr 2013

1. Allgemeines

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss wird gemeinsam mit den Abschlüssen der verbundenen Unternehmen in den Konzernabschluss der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH (SWFH) mit Sitz in Frankfurt am Main (Registergericht Frankfurt am Main, HRB 40464) einbezogen, der im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht wird.

Seit dem 1. Januar 2001 besteht zwischen der MAINOVA Aktiengesellschaft (MAINOVA) und der SWFH ein Gewinnabführungsvertrag.

Ein Teil des operativen Geschäfts wird von Tochterunternehmen wahrgenommen. Die NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH (NRM) hat das Strom- und Gasnetz der MAINOVA gepachtet und die Betriebsführung der Wasser- und Wärmenetze übernommen. Die Mainova EnergieDienste GmbH betreibt das Energiedienstleistungsgeschäft (Contracting) und das technische Facility Management. Die Aufgaben der Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH erstrecken sich auf das Messwesen, die Abrechnung der gelieferten Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmemengen, die Kundenbetreuung sowie das Forderungsmanagement. Die SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH (SRM) betreut das Straßenbeleuchtungsnetz der Stadt Frankfurt am Main. Mit allen oben genannten Tochterunternehmen bestehen Ergebnisabführungsverträge.

Aufstellung des Jahresabschlusses

Die Aufstellung des Jahresabschlusses der MAINOVA zum 31. Dezember 2013 erfolgt nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), den Sondervorschriften des Aktiengesetzes und den wirtschaftszweigspezifischen Vorschriften des Energiewirtschaftsgesetzes.

Formale Darstellung

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Zur Verbesserung der Klarheit der Darstellung werden in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Bilanzierung und Bewertung

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit ihren Anschaffungskosten aktiviert und entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer linear abgeschrieben.

Die Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Herstellungskosten umfassen direkt zurechenbare Einzelkosten, angemessene Teile der notwendigen Gemeinkosten sowie des Wertverzehr des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist.

Sachanlagen, die nach dem 31. Dezember 2009 aktiviert wurden, werden linear abgeschrieben. Abschreibungen auf Sachanlagen, die vor dem 31. Dezember 2009 aktiviert wurden, werden handelsrechtlich grundsätzlich in steuerlich höchstzulässigem Umfang vorgenommen.

Die jährlichen Abschreibungssätze der wichtigsten Posten des Sachanlagevermögens sind aus nachfolgender Tabelle zu entnehmen:

	%
Gebäude und Gebäudeeinrichtungen	2–10
Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	2–8
Verteilungsnetze	2–7
Hausanschlüsse	3–5
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3–20

Die zum 1. Januar 1998 zum Restbuchwert übernommenen Sachanlagen des Versorgungsbetriebs der SWFH werden ebenfalls unter Beibehaltung der bisherigen Restnutzungsdauer linear abgeschrieben.

Sofern in Vorjahren aufgrund einer dauerhaften Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen wurden, wird der niedrigere Wertansatz beibehalten, bis die Gründe dafür entfallen sind.

Geringwertige Vermögensgegenstände, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten zwischen 150 und 1.000 Euro liegen, werden in einem Sammelposten erfasst und ab dem Jahr der Anschaffung oder Herstellung gleichmäßig über fünf Jahre abgeschrieben. MAINOVA wendet diese Regelung für alle geringwertigen Vermögensgegenstände mit der Ausnahme von IT-Hardware aus Vereinfachungsgründen auch in der Handelsbilanz an. Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten unter 150 Euro werden direkt als Aufwand erfasst.

Erhaltene Zuschüsse (Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenbeiträge) werden entsprechend ihrem Entstehungszeitpunkt wie folgt behandelt:

Die bis zum Jahr 2002 von Kunden erhaltenen Zuschüsse wurden gesondert unter den Passiva ausgewiesen und über 20 Jahre linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Aufgrund der ab 2003 geänderten steuerlichen Bilanzierungsvorschriften wurden erhaltene Zuschüsse ab diesem Zeitpunkt bis einschließlich 2009 von den Anschaffungs- und Herstellungskosten abgesetzt und im Anlagenspiegel als Abgänge ausgewiesen.

Seit dem 1. Januar 2010 werden die von Kunden erhaltenen Zuschüsse wieder gesondert unter den Passiva ausgewiesen und über die Nutzungsdauer der bezuschussten Vermögensgegenstände linear zugunsten der Umsatzerlöse aufgelöst.

Gemäß dem Pachtvertrag mit der NRM und energierechtlichen Vorschriften wurden ab 1. Januar 2006 die erhaltenen Zuschüsse für das Strom- und Gasnetz von der NRM vereinnahmt und verbleiben bis zur Auflösung bei der NRM. Gemäß der Abtretungsvereinbarung mit der NRM werden ab dem 1. Januar 2010 die erhaltenen Zuschüsse für das Strom- und Gasnetz von der NRM an MAINOVA abgetreten und bei MAINOVA passiviert.

Unter den Finanzanlagen werden die Anteile an verbundenen Unternehmen, die Beteiligungen und die übrigen Finanzanlagen zu Anschaffungskosten oder bei einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Ausleihungen sind zu Nenn- bzw. Barwerten bilanziert. In Einzelfällen werden außerplanmäßige Abschreibungen auch bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung vorgenommen.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe werden zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips bewertet. Bestandsrisiken wegen langer Lagerdauer und verminderter Verwertbarkeit sind durch angemessene Abschläge berücksichtigt. Die unfertigen Leistungen sind zu Herstellungskosten einschließlich angemessener Teile der Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie des Wertverzehr des Anlagevermögens bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zu Nominalwerten, ggf. vermindert um angemessene Einzel- und Pauschalwertberichtigungen, bewertet. Erhaltene Abschlagszahlungen auf den noch nicht abgerechneten Energieverbrauch von Kunden werden mit den hochgerechneten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen verrechnet. Sonstige Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden entsprechend abgezinst, soweit diese niedrig- oder unverzinslich sind.

Das gezeichnete Kapital wird mit dem Nennbetrag angesetzt.

Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags passiviert. In diesem Betrag sind zukünftige Preis- und Kostensteigerungen einbezogen. Zudem werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst. Die anzuwendenden Zinssätze werden von der Deutschen Bundesbank ermittelt.

Im Zuge der Umstellung auf die Regelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) machte die MAINOVA von dem Wahlrecht gemäß Artikel 67 Abs. 1 S. 2 EGHGB zur Beibehaltung von Rückstellungen Gebrauch. Somit wurden Rückstellungen, bei denen aufgrund der geänderten Bewertung durch die Umstellung auf BilMoG eine Auflösung erforderlich war, beibehalten, soweit der aufzulösende Betrag bis spätestens 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste. Zu jedem Stichtag wird eine Überprüfung des Überdeckungsbetrags durchgeführt.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit dem Erfüllungsbetrag unter der Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode passiviert. Die Rückstellungen werden unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregelung gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz in Höhe von 4,89 % p. a. (Vorjahr 5,05 % p. a.) abgezinst. Der berücksichtigte Gehaltstrend sowie der Rententrend betragen 2,0 % (Vorjahr 2,0 %).

Bei der Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen wurden ein Rechnungszins in Höhe von 3,37 % p. a. (Vorjahr 3,71 % p. a.) für abgeschlossene Altersteilzeit-Verträge mit einer mittleren Restlaufzeit von einem Jahr und 3,62 % p. a. (Vorjahr 4,24 % p. a.) für potenzielle Altersteilzeit-Anwärter mit einer mittleren Restlaufzeit von drei Jahren (Vorjahr fünf Jahren) sowie ein Gehaltstrend in Höhe von 2,0 % (Vorjahr 2,0 %) zugrunde gelegt. Der Hauptfachausschuss des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. hat seine Stellungnahme zur handelsrechtlichen Bilanzierung von Verpflichtungen aus Altersteilzeitregelungen (IDW RS HFA 3) geändert. In Übereinstimmung mit der Stellungnahme werden die Aufstockungsbeträge für potenzielle Anwärter rätierlich über die Laufzeit angesammelt. Die Basis für die versicherungsmathematische Ermittlung sind jeweils die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. K. Heubeck.

Zur Gewährung einer betrieblichen Altersversorgung sind alle tariflichen Mitarbeiter im Rahmen der Bindung an den Tarifvertrag Versorgungsbetriebe (TV-V) sowie auf der Basis einzelvertraglicher Regelungen bei der Zusatzversorgungskasse der Stadt Frankfurt am Main (ZVK) nach den Regeln der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst pflichtversichert. Die Beiträge werden im Rahmen eines Umlageverfahrens erhoben. Der Umlagesatz der ZVK, Frankfurt am Main, beläuft sich auf 6,0 %; hiervon übernimmt der Arbeitgeber 5,6 %, die Eigenbeteiligung der Arbeitnehmer beträgt 0,4 %. Daneben wird gemäß § 63 der ZVK-Satzung vom Arbeitgeber ein steuerfreies Sanierungsgeld in Höhe von 3,5 % erhoben. Für einen Teil der Pflichtversicherten wird für das ZVK-pflichtige Entgelt, das über der tariflich festgesetzten Beitragsbemessungsgrenze liegt, eine zusätzliche Umlage in Höhe von 9,0 % gezahlt. Derzeit liegen keine gesicherten Erkenntnisse für einen weiteren Anstieg des Sanierungsgelds vor. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass auch künftig Beitragserhöhungen erfolgen werden. Der Aufwand aus ZVK-Umlagen (Arbeitgeberanteil) ist unter den Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung ausgewiesen. Entsprechend der allgemeinen Bilanzierungspraxis, hat MAINOVA keine Verpflichtungen im Hinblick auf die Mitgliedschaft in der ZVK im Jahresabschluss passiviert.

Die Jubiläumsrückstellungen sind auf der Grundlage versicherungsmathematischer Berechnungen mit dem Erfüllungsbetrag unter der Anwendung der Projected-Unit-Credit-Methode angesetzt. Die

Rückstellung wurde unter Berücksichtigung der Vereinfachungsregel gemäß § 253 Abs. 2 S. 2 HGB von 4,89 % p. a. (Vorjahr 5,05 % p. a.) und eines jährlichen Einkommenstrends von 2,0 % p. a. (Vorjahr 2,0 % p. a.) ermittelt.

Verbindlichkeiten sind zu Erfüllungsbeträgen passiviert.

Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten werden grundsätzlich zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Zum Bilanzstichtag lagen keine Fremdwährungsforderungen und -verbindlichkeiten vor.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind transitorische Posten ausgewiesen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen werden zum Ausgleich gegenläufiger Wertänderungen oder Zahlungsströme aus dem Eintritt vergleichbarer Risiken mit Finanzinstrumenten zu Bewertungseinheiten zusammengefasst. Die bilanzielle Abbildung der wirksamen Teile der gebildeten Bewertungseinheiten erfolgt nach der Einfrierungsmethode. Aufwendungen bzw. Erträge aus Ausgleichszahlungen von Derivaten, die sich in einer Bewertungseinheit mit einer mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion befinden, werden unter den Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen, soweit die zuzuordnenden (Material-)Aufwendungen bzw. Erträge aus der mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion nach dem Abschlussstichtag anfallen.

2. Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung der in der Bilanz zusammengefassten Posten des Anlagevermögens und ihre Entwicklung sind im Anlagenspiegel dargestellt. Wir verweisen auf die Anlage 1 zum Anhang.

Im Jahr 2013 wurden bei den Finanzanlagen Abschreibungen auf die Beteiligungsbuchwerte der ABO Wind AG und der SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG vorgenommen. Im Vorjahr wurde der Beteiligungsbuchwert der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH (GKI) abgeschrieben.

Dem Anhang ist eine Beteiligungsliste (Anlage 2 zum Anhang) beigelegt, welche gemäß § 285 Nr. 11 HGB die verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit Angaben zum letzten Jahresabschluss nach den Regelungen des HGB (Anteil, Eigenkapital und Jahresergebnis) enthält.

(2) Vorräte

TSD. €	31.12.2013	31.12.2012
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	36.342	23.232
Unfertige Leistungen	364	467
	36.706	23.699

Die kumulierten Gängigkeitsabschläge auf den Bestand an Bau- und Installationsmaterial betragen zum Stichtag insgesamt 6,1 Mio. Euro (Vorjahr 5,9 Mio. Euro).

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

TSD. €	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	743.898	637.475
abzüglich noch nicht abgerechneter Abschlagszahlungen	513.487	454.097
	230.411	183.378
Forderungen an verbundene Unternehmen	88.783	87.127
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	16.569	20.023
Sonstige Vermögensgegenstände	13.223	27.418
(davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr)	(2.975)	(3.943)
	348.986	317.946

In den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** sind mit 695,5 Mio. Euro (Vorjahr 602,0 Mio. Euro) abgegrenzte, noch nicht abgerechnete Gas-, Strom-, Wasser- und Wärmelieferungen zwischen dem Ablese- und Bilanzstichtag enthalten, denen hierauf geleistete Abschläge gegenüberstehen.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen gliedern sich wie folgt:

TSD. €	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen gegen SWFH		
Cash Pooling einschließlich Stadtkasse	166.505	123.464
Forderungen bzw. Verbindlichkeiten aus Steuerumlage	-10.946	-6.519
Steuerforderungen	10.485	7.910
Gewinnabführungsverpflichtung	-58.669	-51.404
Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuer	-38.613	-8.516
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verrechnungen	-547	-275
	68.215	64.660
Übrige Forderungen gegen verbundene Unternehmen		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.780	22.219
Tagesgeldanlagen	-740	-2.481
Forderungen aus der Ergebnisabführung	3.528	2.729
	20.568	22.467
Summe	88.783	87.127

Von den **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, resultieren 15,4 Mio. Euro (Vorjahr 17,8 Mio. Euro) aus Lieferungen und Leistungen sowie 1,2 Mio. Euro (Vorjahr 2,2 Mio. Euro) aus dem Finanzverkehr.

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** enthalten unter anderem Steuererstattungsansprüche in Höhe von 4,0 Mio. Euro (Vorjahr 4,9 Mio. Euro). Diese betreffen wie im Vorjahr ausschließlich Erstattungsansprüche auf Körperschaftsteuer nach § 37 KStG.

(4) Flüssige Mittel

TSD. €	31.12.2013	31.12.2012
Guthaben bei Kreditinstituten	376	2.711
Kassenbestand	183	207
	559	2.918

Im Rahmen des konzernweiten Cash Poolings werden liquide Mittel von MAINOVA täglich an die SWFH abgeführt. Zum Bilanzstichtag waren 166,5 Mio. Euro (Vorjahr 123,5 Mio. Euro) bei der SWFH angelegt, die unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesen sind.

(5) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Bei den Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich unter anderem um Vorauszahlungen aus Wartungs- und Sponsoringverträgen sowie Aufwendungen aus Ausgleichszahlungen von Derivaten, die sich in einer Bewertungseinheit mit einer mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion befinden.

(6) Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 142,3 Mio. Euro. Es ist eingeteilt in 5.560.000 nennbetragslose Stückaktien, davon lauten 5.499.296 auf den Namen und 60.704 auf den Inhaber.

(7) Rücklagen

Die Kapitalrücklage beträgt unverändert 207,1 Mio. Euro. Bei der Gewinnrücklage handelt es sich um die gesetzliche Rücklage nach § 150 AktG.

(8) Rückstellungen

TSD. €	31.12.2013	31.12.2012
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	43.298	41.258
Sonstige Rückstellungen	282.161	293.076
davon Personalrückstellungen	34.595	35.593
davon Umweltrückstellungen	80.913	74.151
davon rechtliche und konzessionsrechtliche Risiken	63.631	72.546
davon übrige Rückstellungen	103.022	110.786
	325.459	334.334

In den Personalrückstellungen sind insbesondere Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen, Urlaubs- und Gleitzeitansprüche, Erfolgsbeteiligung und Jubiläen enthalten.

Die Umweltrückstellungen betreffen insbesondere Grundstücksrisiken aus früheren Geschäftsbetrieben.

Bei den Rückstellungen für rechtliche und konzessionsrechtliche Risiken handelt es sich um mehrere Einzelrisiken, bei denen die Höhe der Inanspruchnahme unsicher ist. Die Bewertung erfolgt ausgehend vom erwarteten Prozessergebnis, das nach den aktuell verfügbaren Informationen die höchste Eintrittswahrscheinlichkeit besitzt. Hiervon ist unter anderem die Rückstellung für das im Vorjahr durch Vergleich abgeschlossene Wasserkartellverfahren betroffen.

Die übrigen Rückstellungen setzen sich im Wesentlichen aus Rückstellungen für ausstehende Rechnungen sowie Drohverlustrückstellungen zusammen.

Im Rahmen der Umstellung auf die Regelungen des BilMoG machte MAINOVA im Jahr 2010 von dem Wahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 S. 2 EGHGB Gebrauch. Zum Stichtag ergibt sich bei den Umweltrück-

stellungen eine Überdeckung in Höhe von 3,9 Mio. Euro (Vorjahr 4,2 Mio. Euro) und der Rückstellung für Jubiläumswendungen eine Überdeckung in Höhe von 0,1 Mio. Euro (Vorjahr 0,2 Mio. Euro).

(9) Verbindlichkeiten

TSD. €	31.12.2013				31.12.2012			
	GESAMT- BETRAG	Davon mit einer Restlaufzeit			GESAMT- BETRAG	Davon mit einer Restlaufzeit		
		BIS ZU 1 JAHR	1-5 JAHRE	ÜBER 5 JAHRE		BIS ZU 1 JAHR	1-5 JAHRE	ÜBER 5 JAHRE
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	178.176	17.923	100.709	59.544	202.547	25.070	97.024	80.453
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	16.636	16.636	-	-	15.197	15.197	-	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	140.081	140.081	-	-	90.832	90.832	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	112.903	112.903	-	-	87.497	87.497	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	70.080	70.080	-	-	82.241	82.241	-	-
Sonstige Verbindlichkeiten	102.349	100.085	1.337	927	86.780	72.170	11.310	3.300
(davon aus Steuern)	(40.030)	(40.030)	(-)	(-)	(19.056)	(19.056)	(-)	(-)
(davon im Rahmen der sozialen Sicherheit)	(4)	(4)	(-)	(-)	(7)	(7)	(-)	(-)
	620.225	457.708	102.046	60.471	565.094	373.007	108.334	83.753

Von den **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind 17,3 Mio. Euro mit einer Negativklausel belegt und 135,1 Mio. Euro mit Bürgschaften der Stadt Frankfurt am Main besichert. Die Darlehen wurden mit 24,1 Mio. Euro planmäßig getilgt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen ergeben sich wie folgt:

TSD. €	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	45.886	48.841
Tagesgeldanlagen	75.508	49.429
Verbindlichkeiten bzw. Forderungen aus Ergebnisabführungen	-8.491	-10.773
	112.903	87.497

Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, handelt es sich in Höhe von 59,5 Mio. Euro (Vorjahr 73,9 Mio. Euro) um Lieferungen und Leistungen sowie mit 10,6 Mio. Euro (Vorjahr 8,3 Mio. Euro) um den Finanzverkehr.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten folgende Einzelpositionen:

TSD. €	31.12.2013	31.12.2012
Darlehen von sonstigen Darlehensgebern	12.560	19.361
Verbindlichkeiten aus Steuern	40.030	19.056
Erhaltene Anzahlungen auf Zuschüsse	16.742	15.734
Verbindlichkeiten aus Konzessionsabgaben	11.201	11.067
Erhaltene Sicherheiten von Kunden	5.063	4.835
Übrige	16.753	16.727
	102.349	86.780

Von den sonstigen Verbindlichkeiten sind 6,3 Mio. Euro mit einer Negativklausel belegt.

(10) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Im Rechnungsabgrenzungsposten sind überwiegend erhaltene Vorauszahlungen für zu erbringende Bauleistungen im Rahmen der Betriebsführung der Straßenbeleuchtung sowie Erträge aus Ausgleichszahlungen von Derivaten, die sich in einer Bewertungseinheit mit einer mit hoher Wahrscheinlichkeit erwarteten Transaktion befinden, abgegrenzt.

(11) Haftungsverhältnisse

Die Haftungsverhältnisse setzen sich wie folgt zusammen:

TSD. €	2013		2012	
	NOMINALBETRAG	VALUTA	NOMINALBETRAG	VALUTA
Bürgschaften	23.772	16.243	23.035	17.420
Gewährleistungsverträge	466.190	441.429	466.186	447.345
	489.962	457.672	489.221	464.765

Für die Beteiligung GKI hat MAINOVA im Zusammenhang mit der Finanzierung des Kraftwerks zugunsten einer Geschäftsbank eine selbstschuldnerische und unbefristete Teilbürgschaft für den Kreditrahmen bei der Bank abgegeben. Der Anteil der MAINOVA beträgt 20,3 Mio. Euro und entspricht 15,6 % des Kreditrahmens. Die Verpflichtung valutiert zum Stichtag mit 13,2 Mio. Euro (Vorjahr 15,2 Mio. Euro).

Die Gewährleistungsverträge stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Erwerb der Anteile an der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA. Für die von der MAINOVA Beteiligungsgesellschaft mbH (MBG) in diesem Zusammenhang aufgenommenen Darlehen hat MAINOVA für ein Volumen von insgesamt 20,0 Mio. Euro (Vorjahr 20,0 Mio. Euro) den Schuldbeitritt erklärt. Zusätzlich verpflichtete sich MAINOVA, für Darlehen der MBG in Höhe von 415,0 Mio. Euro (Vorjahr 415,0 Mio. Euro) im Rahmen mehrerer Patronatserklärungen einzustehen. Das Darlehen der MBG valutiert zum Stichtag mit 403,0 Mio. Euro.

Auf der Basis der bis zum Aufstellungszeitpunkt gewonnenen Erkenntnisse geht die MAINOVA derzeit davon aus, dass die den vorab genannten Haftungsverhältnissen zugrunde liegenden Verpflichtungen von den jeweiligen Hauptschuldnern erfüllt werden können. Daher schätzt die MAINOVA bei allen aufgeführten Haftungsverhältnissen die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme als gering ein.

(12) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen in Höhe von 1.216,8 Mio. Euro (Vorjahr 707,8 Mio. Euro) bestehen im branchenüblichen Umfang und setzen sich wie folgt zusammen:

TSD. €	2013			
	GESAMTBETRAG	DAVON MIT EINER RESTLAUFZEIT		
		BIS ZU 1 JAHR	1-5 JAHRE	ÜBER 5 JAHRE
Verpflichtungen aus abgeschlossenen Energielieferverträgen	1.163.323	748.853	412.651	1.819
Verpflichtungen durch Erwerb von Emissionsrechten	26.213	15.127	11.086	-
Nominalwerte aus Miet-, Pacht- und Leasingverträgen	11.837	3.219	7.126	1.492
Verpflichtungen zur Einzahlung in die Kapitalrücklage der Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	7.726	7.726	-	-
Bestellobligo für begonnene Investitions- und Instandsetzungsmaßnahmen	6.532	6.532	-	-
Nachschussverpflichtung MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	1.000	1.000	-	-
Verpflichtung zur Leistung einer Einlage in das Eigenkapital der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG	134	134	-	-
	1.216.765	782.591	430.863	3.311

Die Verpflichtungen zur Einzahlung in die Kapitalrücklage der Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG (GKB) entstehen im Rahmen der Inanspruchnahme von Baufinanzierungsmitteln durch die GKB im Zusammenhang mit dem Kraftwerksbau.

Die Nachschussverpflichtung bezüglich der MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH beruht auf § 17 des Gesellschaftsvertrages in der Fassung vom 11. November 2008. Danach kann die Gesellschafterversammlung mit einem Mehrheitsbeschluss von den Gesellschaftern Nachschüsse bis zu der Höhe von 2,0 Mio. Euro (davon MAINOVA 1,0 Mio. Euro) einfordern. Aufgrund der Beteiligungsverhältnisse kann ohne die Zustimmung der MAINOVA eine Nachschusspflicht nicht beschlossen werden.

3. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(13) Umsatzerlöse

TSD. €	2013	2012
Stromverkauf	1.025.014	837.043
Stromsteuer	-91.387	-81.128
Stromverkauf gesamt	933.627	755.915
Stromhandel	232.481	261.812
Strom gesamt	1.166.108	1.017.727
Gasverkauf	706.754	655.760
Erdgassteuer	-50.672	-46.629
Erdgasverkauf gesamt	656.082	609.131
Wärme-, Dampf- und Kälteverkauf	129.645	114.260
Wasserverkauf	70.138	64.850
Pachterlöse	67.983	64.905
Materialverkauf, Installationen, sonstige Leistungen und Konzernverrechnungen	194.915	194.130
Auflösung erhaltener Ertragszuschüsse	10.690	10.724
	2.295.561	2.075.727

In den Umsatzerlösen stehen sich negative und positive periodenfremde Sachverhalte in gleicher Höhe gegenüber (Vorjahr 3,9 Mio. Euro Erlösminderungen).

(14) Sonstige betriebliche Erträge

TSD. €	2013	2012
Periodenfremde Erträge		
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	27.674	43.790
Erträge aus Anlagenabgängen	21.515	1.151
Erträge aus der Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen	13	531
Erträge aus Zuschreibungen von Beteiligungsbuchwerten	0	18.373
Übrige	3.686	1.022
	52.888	64.867
Übrige Erträge		
Erträge aus Konzessionen	39.777	39.232
Übrige	23.057	20.323
	62.834	59.555
	115.722	124.422

Die Erträge aus Anlagenabgängen resultieren im Wesentlichen aus einem Immobilienverkauf.

(15) Materialaufwand

TSD. €	2013	2012
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.831.164	1.615.851
Aufwendungen für bezogene Leistungen	50.620	48.828
	1.881.784	1.664.679

Im Materialaufwand sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 1,5 Mio. Euro (Vorjahr 7,0 Mio. Euro) enthalten.

(16) Personalaufwand

TSD. €	2013	2012
Löhne und Gehälter	152.197	151.276
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	39.237	42.179
(davon für Altersversorgung)	(11.912)	(14.755)
	191.434	193.455

Im Durchschnitt des Berichtsjahres beschäftigte MAINOVA 2.724 (Vorjahr 2.844) Arbeitnehmer. Die von uns getragenen anteiligen Kosten in Höhe von 1,8 Mio. Euro (Vorjahr 2,0 Mio. Euro) für weitere 74 (Vorjahr 88) Auszubildende, die wir im Jahresdurchschnitt im Rahmen des Ausbildungspools der SWFH beschäftigen, sind in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten.

Die ZVK-Umlagen betragen 11,9 Mio. Euro (Vorjahr 12,2 Mio. Euro) und sind Teil der Aufwendungen für die Altersversorgung.

Im Personalaufwand sind periodenfremde Aufwendungen in Höhe von 0,3 Mio. Euro (Vorjahr 0,7 Mio. Euro) enthalten.

(17) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Im Jahr 2013 wurden wie im Vorjahr keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen.

(18) Sonstige betriebliche Aufwendungen

TSD. €	2013	2012
Periodenfremde Aufwendungen		
Zuführung zur Rückstellung für Altlasten/Umweltschäden	4.422	2.292
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	4.180	107
Übrige	1	116
	8.603	2.515
Übrige Aufwendungen		
Konzessionsabgabe	50.666	48.767
Zuführungen zu Rückstellungen	45.870	56.264
Leistungsverrechnung Konzerngesellschaften	24.022	22.465
Fremdleistungen (Verwaltung, IT, Gebäude)	21.147	24.768
Übrige	40.222	45.381
	181.927	197.645
	190.530	200.160

(19) Ergebnis aus Finanzanlagen

TSD. €	2013	2012
Erträge aus Beteiligungen	17.629	14.046
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(2.500)	(1.759)
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	12.633	15.607
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	1.615	1.591
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(895)	(830)
Abschreibungen auf Finanzanlagen	5.089	12.600
Aufwendungen aus Verlustübernahme	2.145	2.145
	24.643	16.499

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen die Anteile an der ABO Wind AG und SWM Wind Havelland Holding GmbH & Co. KG. Im Vorjahr wurde der Beteiligungsbuchwert der Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH abgeschrieben.

(20) Zinsergebnis

TSD. €	2013	2012
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.125	1.573
(davon aus verbundenen Unternehmen)	(377)	(938)
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	13.137	12.841
(davon an verbundene Unternehmen)	(106)	(243)
	-12.012	-11.268

Im Zinsergebnis sind wie im Vorjahr keine periodenfremden Sachverhalte enthalten.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen betragen 5,4 Mio. Euro (Vorjahr 3,3 Mio. Euro).

(21) Steuern

Die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** setzen sich wie folgt zusammen:

TSD. €	2013	2012
Körperschaftsteuer		
Körperschaftsteuerumlage von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	14.039	11.248
Körperschaftsteuer auf die Ausgleichszahlung an die außenstehenden Aktionäre	2.432	2.432
Körperschaftsteuer für Vorjahre	0	-12
	16.471	13.668
Gewerbesteuer		
Gewerbesteuerumlage von der Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH	15.652	12.967
	15.652	12.967
	32.123	26.635

4. Geschäfte größeren Umfangs, die mit nahestehenden Unternehmen und Personen der Mainova getätigt wurden

Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen, welche die MAINOVA beherrschen oder maßgeblich beeinflussen, sowie Beziehungen zu Unternehmen, die von MAINOVA beherrscht oder maßgeblich beeinflusst werden, werden nachfolgend angegeben.

Durch die Beteiligung der Stadt Frankfurt am Main über den Mehrheitsgesellschafter SWFH ist MAINOVA ein von diesen Gesellschaftern beherrschtes Unternehmen.

Im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit unterhält die MAINOVA Geschäftsbeziehungen zu zahlreichen nahestehenden Personen und Unternehmen.

Dazu gehören neben der Stadt Frankfurt am Main sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen die SWFH sowie deren Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen, die Thüga Aktiengesellschaft und deren Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen sowie die Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen der MAINOVA.

Mit nahestehenden natürlichen Personen des Managements in Schlüsselpositionen sowie deren nächsten Familienangehörigen haben keine wesentlichen Transaktionen stattgefunden. Als Management in Schlüsselpositionen ist bei der MAINOVA nur der Vorstand anzusehen.

Folgende Tabelle gibt eine Übersicht über alle Geschäfte, die mit nahestehenden Unternehmen getätigt wurden:

TSD. €	STADTWERKE FRANKFURT AM MAIN HOLDING GMBH SOWIE DEREN TOCH- TERUNTERNEHMEN, STADT FRANKFURT AM MAIN SOWIE DEREN TOCHTER- UNTERNEHMEN ^(*)		GEMEINSCHAFTS- UNTERNEHMEN UND ASSOZIIERTE UNTER- NEHMEN DER STADT- WERKE FRANKFURT AM MAIN HOLDING GMBH UND DER STADT FRANKFURT AM MAIN		THÜGA AG UND DEREN TOCHTER- UNTERNEHMEN UND GEMEINSCHAFTS- UNTERNEHMEN		TOCHTER- UNTERNEHMEN DER MAINOVA ^(*)		GEMEINSCHAFTS- UNTERNEHMEN DER MAINOVA		ASSOZIIERTE UNTERNEHMEN DER MAINOVA ^(*)	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Energie- und Wasserlieferungen												
Umsatzerlöse	98.624	95.132	6.797	10.364	232.550	241.561	52.199	57.600	22.371	33.622	86.785	84.932
Materialaufwand	251	-	1.437	415	484.020	437.631	251.071	238.481	5.781	7.829	537.964	524.111
Forderungen	33.978	33.031	1.573	16	5.920	-	37.012	27.527	3.061	1.370	7.468	39.945
(davon wertberichtigt)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
Verbindlichkeiten	578	907	-	-	333	769	102.736	99.932	1.119	3.463	69.618	106.314
Sonstiges												
Erträge	31.486	30.025	21	23	4.584	3.677	270.128	267.342	8.392	11.233	14.439	16.548
Aufwendungen	147.694	129.976	36	30	639	507	62.190	62.993	407	173	1.540	410
Forderungen	117.277	84.987	-	-	1	-	5.977	5.273	1.672	115	732	355
(davon wertberichtigt)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)	(-)
Verbindlichkeiten	94.315	60.720	332	332	25.507	3.298	42.699	9.650	10.666	8.322	180	353

(*) Angaben gemäß § 6b Abs. 2 EnWG

Mit natürlichen Personen wurden keine wesentlichen Geschäfte getätigt.

Bei dem Materialaufwand mit Tochterunternehmen handelt es sich insbesondere um Netzdienstleistungen. Der Materialaufwand mit assoziierten Unternehmen beinhaltet im Wesentlichen den Gasbezug.

Die Forderungen betreffen insbesondere das Cash Pooling gegenüber der SWFH. Die Gewinnabführung in Höhe von 58,7 Mio. Euro an die SWFH hat sich mindernd auf die Forderungen ausgewirkt.

Die sonstigen Erträge mit Tochterunternehmen bestehen insbesondere aus Netzpacht, Personalge-
stellung und sonstigen Verrechnungen.

In den sonstigen Erträgen und Aufwendungen mit Tochterunternehmen und assoziierten Unter-
nehmen sind ferner die Beteiligungserträge und Ergebnisübernahmen sowie Zinserträge und -aufwen-
dungen enthalten.

Alle Geschäftsbeziehungen mit nahestehenden Unternehmen und Personen sind zu marktüblichen
Bedingungen abgeschlossen worden und unterscheiden sich grundsätzlich nicht von den Lieferungs-
und Leistungsbeziehungen mit anderen Unternehmen.

Zur Besicherung der Darlehen der MAINOVA hat die Stadt Frankfurt am Main Bürgschaften in Höhe von
135,1 Mio. Euro abgegeben. Negativklauseln wurden in Höhe von insgesamt 23,5 Mio. Euro geleistet.

5. Sonstige Angaben

Honorar des Abschlussprüfers

Das im Geschäftsjahr 2013 für den Jahresabschlussprüfer, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesell-
schaft, erfasste Honorar betrug für die Prüfung des Jahresabschlusses 278.500,00 Euro. Ferner be-
trug das Honorar für sonstige Leistungen 246.613,87 Euro.

Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats

Für die Festlegung der Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder ist gemäß dem am 5. August
2009 in Kraft getretenen Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG) das Auf-
sichtsratsplenum zuständig.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder setzt sich aus einer fixen und einer variablen Vergütung zu-
sammen. Die fixe Vergütung besteht aus einer Grundvergütung und einem Tantiemeanteil. Lediglich
die Grundvergütung ist ruhegehaltsfähig. Zusätzlich erhalten die einzelnen Vorstandsmitglieder Sach-
leistungen. Diese umfassen im Wesentlichen marktübliche Versicherungsleistungen und Dienstwan-
gen. Die variable Vergütung teilt sich in eine kurzfristige variable Vergütungskomponente sowie ein
langfristiges Anreizprogramm (LAP) auf.

Die Höhe der kurzfristigen variablen Vergütungskomponente ist an das Erreichen von Finanzziele
gekoppelt. Sie bemisst sich dabei am Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-
Konzern) zuzüglich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-
Konzerns.

Um die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit der Vergütungsstruktur zu erhöhen und den Anforderun-
gen des VorstAG in vollem Umfang zu genügen, nehmen die Vorstandsmitglieder an dem langfris-
tigen Anreizprogramm LAP teil. Die Auszahlung im Rahmen des LAP erfolgt am Ende eines dreijäh-
rigen Performancezeitraums. Dabei bestimmt das Erreichen von vorab definierten finanziellen und
qualitativen Erfolgszielen die Höhe der Auszahlung. Als finanzielles Erfolgsziel dient dabei das er-
reichte kumulierte Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EBT MAINOVA-Konzern) zuzüg-
lich des außerordentlichen Ergebnisses gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 17 HGB des MAINOVA-Konzerns
während des Performancezeitraums. Als qualitative Erfolgsziele werden die Mitarbeiterzufriedenheit
und Kundenzufriedenheit herangezogen.

Die Auszahlung der langfristigen variablen Vergütungskomponente ist nach oben hin begrenzt (Kap-
pfung). Werden die Mindestziele in allen Komponenten nicht erreicht, so entfällt eine Auszahlung der
langfristigen variablen Vergütung vollständig.

Für die kurzfristige und langfristige variable Vergütung hat der Aufsichtsrat eine Anpassungsmög-
lichkeit für außerordentliche Entwicklungen vereinbart.

Die Vorstandsmitglieder bzw. deren Hinterbliebene haben Anspruch auf Ruhegehalt bzw. Hinterblie-
benenversorgung. Als Ruhegehalt werden ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 35 % der
zuletzt bezogenen Grundvergütung garantiert. Abweichend hiervon, erhält ein Vorstandsmitglied auf-
grund der hohen Versorgungsanwartschaften aus früheren Anstellungsverhältnissen, welche ange-
rechnet werden, ab dem Eintritt in den Vorstand der MAINOVA 45 % der zuletzt bezogenen Grund-
vergütung. Der Anspruch von 35 % bzw. 45 % erhöht sich mit dem Ablauf eines jeden Jahres als
Vorstandsmitglied der MAINOVA um jeweils 2 % bis zum im Dienstvertrag geregelten Höchstbetrag.
Der fixe Tantiemeanteil wird bei der Berechnung des Ruhegehalts nicht berücksichtigt.

Die Bezüge des Vorstands im Geschäftsjahr 2013 gehen aus der nachfolgenden Übersicht hervor:

€	FIXE VERGÜTUNG		VARIABLE VERGÜTUNG			SUMME	BARWERT DER PEN- SIONS- VER- PFLICH- TUNG	ZUFÜH- RUNG ZUR RÜCK- STELLUNG FÜR PEN- SIONS- VER- PFLICH- TUNG
	GRUND- VERGÜ- TUNG	TANTIE- MEANTEIL	KURZ- FRISTIG	LANG- FRISTIG (LAP)	SONSTIGE BEZÜGE			
Dr. Constantin H. Alsheimer	264.996	46.000	53.238	108.640	41.195	514.069	520.625	82.123
Prof. Dr. Peter Birkner	199.992	46.000	35.302	66.080	10.261	357.635	212.066	87.673
Norbert Breidenbach	109.998	23.000	23.610	48.720	14.997	220.325	22.723	22.723
Lothar Herbst	199.992	46.000	36.482	78.400	21.211	382.085	1.051.051	158.657
Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig	100.002	23.000	-	-	9.246	132.248	261.066	-
Summe	874.980	184.000	148.632	301.840	96.910	1.606.362	2.067.531	351.176

Für das Geschäftsjahr 2012 wurden im Jahr 2013 erfolgsabhängige Tantiemen in Höhe von 799.774,00 Euro ausgezahlt.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden Vorstandsmitgliedern keine Kredite oder Vorschüsse gewährt.

Für den Fall, dass die Stadt Frankfurt am Main mit dem ihr direkt und indirekt zuzurechnenden Anteil nicht mehr die Mehrheit am stimmberechtigten Grundkapital der MAINOVA innehat (Kontrollwechsel), oder im Falle eines Rechtsformwechsels gemäß §§ 190 ff. UmwG oder beim Abschluss eines wirksamen Vertrags, der die MAINOVA der Beherrschung eines anderen Unternehmens außerhalb des Stadtwerke-Frankfurt-Konzerns unterstellt (Beherrschungsvertrag gemäß § 291 Abs. 1 S. 1 1. Alt. AktG), gewährt die MAINOVA dem Vorsitzenden des Vorstands ein Sonderkündigungsrecht und das Recht zur Niederlegung seines Amts. Für den Fall der wirksamen und fristgerechten Kündigung und Amtsniederlegung erhält der Vorsitzende des Vorstands eine Abfindung in Höhe des Zweifachen seiner letztmaligen Jahresgesamtbezüge. Maximale Obergrenze ist jedoch die Höhe der Gesamtvergütung für die Restlaufzeit des Dienstvertrags.

Im Geschäftsjahr 2013 bestand für die Unternehmensleitung sowie die Mitglieder des Aufsichtsrats eine Vermögensschadenshaftpflichtversicherung (D & O-Versicherung). Hierfür sind Versicherungsprämien in Höhe von 77.533,50 Euro aufgewendet worden.

Die Vergütung des Aufsichtsrats für 2013 geht aus nachfolgender Übersicht hervor:

€	FIXE VERGÜTUNG	SITZUNGSGELD	SUMME
Dr. h. c. Petra Roth	10.417	3.600	14.017
Uwe Becker	20.833	6.800	27.633
Peter Arnold	17.000	7.600	24.600
Ewald Woste	17.000	3.600	20.600
Peter Bodens	11.833	4.000	15.833
Hans-Dieter Bürger	15.000	4.400	19.400
Jutta Ebeling	12.000	2.800	14.800
Reinhold Falk	12.000	6.400	18.400
Markus Frank	12.000	3.600	15.600
René Gehringer	10.000	3.600	13.600
Dr. h. c. Ernst Gerhardt	12.000	4.400	16.400
Rosemarie Heilig	11.833	4.000	15.833
Holger Klingbeil	12.000	4.400	16.400
Cornelia Kröll	10.000	1.600	11.600
Klaus Oesterling	5.833	1.200	7.033
Bernd Rudolph	10.000	3.600	13.600
Nicole Salm	12.000	4.400	16.400
Edwin Schwarz	10.000	2.800	12.800
Ralf-Rüdiger Stamm	12.000	6.800	18.800
Jürgen Wachs	7.500	2.400	9.900
Frank Wiese	12.000	4.800	16.800
Thomas Wissgott	3.000	800	3.800
Summe	256.249	87.600	343.849

Die Bezüge des Beirats beliefen sich auf 62.400,00 Euro.

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen belaufen sich auf 648.404,06 Euro. Für diese Personengruppe sind Pensionsansprüche in Höhe von 8.366.038,00 Euro zurückgestellt worden.

Nicht in der Bilanz enthaltene Geschäfte

Hinsichtlich der nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäfte wird auf die Abschnitte „Haftungsverhältnisse“ und „Sonstige finanzielle Verpflichtungen“ verwiesen.

Darüber hinaus setzt die MAINOVA bei der Energiebeschaffung zur Absicherung der Risiken sowie zur Erzielung von Handelsmargen derivative Finanzinstrumente ein. Da es sich hier um schwebende Geschäfte handelt, werden diese mit Ausnahme von Vorleistungen oder drohenden Verlusten nicht in der Bilanz erfasst, sondern im Anhang angegeben (siehe nachfolgenden Abschnitt). Bei drohenden Verlusten aus derivativen Finanzinstrumenten, die sich nicht in einer Bewertungseinheit befinden, erfolgt am Bilanzstichtag die Bildung einer Rückstellung.

Derivative Finanzinstrumente

Die MAINOVA setzt derivative Finanzinstrumente überwiegend zur Sicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen der Brennstoff-, Strom- und Gasbeschaffung ein. Daneben werden derivative Finanzinstrumente im Bereich des Strom- und Gashandels eingesetzt.

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über den Bestand an derivativen Finanzinstrumenten:

TSD. €	NOMINAL			MARKTWERT					
	< 1 JAHR	1-5 JAHRE	SUMME	SUMME VORJAHR	POSITIV	NEGATIV	SUMME	< 1 JAHR	SUMME VORJAHR
Strom									
Forward (long)	42.697	14.245	56.942	13.264	3	-127	-124	-124	-1.944
Forward (short)	33.758	14.941	48.699	13.485	142	-	142	142	2.018
Gas									
Forward (long)	11.082	589	11.671	8.498	38	-146	-108	-127	-432
Forward (short)	10.432	-	10.432	8.584	77	-19	58	58	516
Kohle									
Swap (Payer)	46.481	63.696	110.177	123.690	-	-23.199	-23.199	-11.748	-5.509
Swap (Receiver)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gas									
Swap (Payer)	39.971	60.305	100.276	163.738	80	-3.271	-3.191	-728	-2.486
Swap (Receiver)	4.816	-	4.816	-	59	-	59	59	-
Öl									
Swap (Payer)	37	-	37	16.520	-	-1	-1	-1	-278
Swap (Receiver)	38	-	38	-	2	-	2	2	-
	189.312	153.776	343.088	347.779	401	-26.763	-26.362	-12.467	-8.115

Das Nominalvolumen der dargestellten derivativen Finanzinstrumente wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Bei der Ermittlung der Nominalwerte wurden nur die Zahlungsströme berücksichtigt, die nach dem 31. Dezember 2013 zu leisten sind.

Die Höhe der im Rahmen von Bewertungseinheiten abgesicherten Risiken entspricht den oben aufgeführten negativen Marktwerten der derivativen Finanzinstrumente. Die Marktwerte der Derivate werden auf der Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows ermittelt; dabei werden die für die Restlaufzeit der Finanzinstrumente abgeleiteten Forward-Preise verwendet. Zum 31. Dezember 2013 bestehen hieraus Drohverlustrückstellungen für Gashandelsgeschäfte sowie für Kohle-, Gas- und Ölswaps mit einem negativen Marktwert in Höhe von 2,1 Mio. Euro.

Die nachfolgende Übersicht gibt einen Überblick über die derivativen Finanzinstrumente, die sich in einer Bewertungseinheit befinden:

TSD. €	NOMINAL			MARKTWERT					
	< 1 JAHR	1-5 JAHRE	SUMME	SUMME VORJAHR	POSITIV	NEGATIV	SUMME	< 1 JAHR	SUMME VORJAHR
Strom									
Forward (long)	4.956	-	4.956	7.238	3	-127	-124	-124	-1.451
Forward (short)	4.973	-	4.973	7.501	142	-	142	142	1.713
Gas									
Forward (long)	10.480	-	10.480	8.498	19	-125	-106	-106	-433
Forward (short)	10.432	-	10.432	8.584	77	-19	58	58	519
Kohle									
Swap (Payer)	42.149	63.695	105.844	122.358	-	-22.297	-22.297	-10.846	-10.715
Gas									
Swap (Payer)	20.452	44.922	65.374	103.604	80	-2.140	-2.060	-131	-2.438
Öl									
Swap (Payer)	-	-	-	15.971	-	-	-	-	-161
	93.442	108.617	202.059	273.754	321	-24.708	-24.387	-11.007	-12.966

Das Nominalvolumen der dargestellten derivativen Finanzinstrumente wird unsaldiert angegeben. Es stellt die Summe aller Kauf- und Verkaufsbeträge dar, die den Geschäften zugrunde liegen. Bei der Ermittlung der Nominalwerte wurden nur die Zahlungsströme berücksichtigt, die nach dem Stichtag zu leisten sind.

Bei den Strom- und Gas-Forwards handelt es sich um geschlossene Positionen aus Termingeschäften. Bei den Bewertungseinheiten (Micro Hedge) mit Kohle-, Gas- und Ölswaps handelt es sich um mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen zur Absicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen der Brennstoff-, Strom- und Gasbeschaffung. Die designierten Grundgeschäfte entsprechen hinsichtlich des Zeitraums sowie des Volumens im Wesentlichen den in der obigen Tabelle aufgeführten Werten.

Gegenläufige Zahlungsströme der durch die Bewertungseinheiten jeweils abgesicherten Risiken werden sich zukünftig vollständig ausgleichen, da alle wertbestimmenden Faktoren zwischen dem abgesicherten Teil des Grundgeschäfts und dem absichernden Teil des Sicherungsinstruments stetig übereinstimmen.

Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wird durch die Critical-Term-Match-Methode nachgewiesen.

Darüber hinaus werden zur Vermeidung von Preisänderungsrisiken im Rahmen des Stromvertriebs entsprechende Mengen mittels Stromtermingeschäften (OTC-Forwards) für die Jahre 2014 bis 2017 beschafft. Die Stromtermingeschäfte haben zum Bilanzstichtag ein Gesamtnominalvolumen in Höhe von 522,4 Mio. Euro. Hierfür betragen die gesamten Marktwerte zum Bilanzstichtag -96,7 Mio. Euro.

Außerdem wurden im Rahmen der Vermarktung der eigenen Stromerzeugungskapazitäten zur Vermeidung des Preisänderungsrisikos Stromterminverkäufe (OTC-Forwards) für die Jahre 2014 bis 2016 mit einem Nominalvolumen in Höhe von 161,6 Mio. Euro abgeschlossen. Zum Bilanzstichtag ergeben sich hierfür insgesamt Marktwerte in Höhe von 35,9 Mio. Euro.

Zur Absicherung gegen Preisänderungsrisiken im Rahmen des Gasvertriebs wurden für die Jahre 2014 bis 2016 Gastermingeschäfte (OTC-Forwards) abgeschlossen. Diese haben zum Bilanzstichtag ein Gesamtnominalvolumen in Höhe von 273,3 Mio. Euro und Marktwerte in Höhe von 23,6 Mio. Euro.

Deutscher Corporate Governance Kodex

Nach § 161 AktG haben börsennotierte Unternehmen jährlich eine Erklärung zur Beachtung der Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex zu veröffentlichen. Die entsprechende Erklärung von MAINOVA wurde am 5. Dezember 2013 im Internet (www.mainova.de/governance-bericht) abgegeben und den Aktionären dauerhaft zugänglich gemacht.

6. Organe der Gesellschaft

Aufsichtsrat



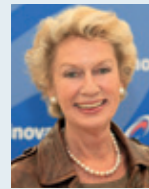
Uwe Becker
Stadtkämmerer der
Stadt Frankfurt am Main
Vorsitzender des Aufsichtsrats
(ab 30. Mai 2013)

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten

- ABG FRANKFURT HOLDING Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (K)
- Frankfurter Aufbau-Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (K)
- Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide, Frankfurt am Main (K) (ab 31. Mai 2013)
- Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K)
- Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (K)
- Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K) (V)
- Süwag Energie AG, Frankfurt am Main (K)

Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

- AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (bis 21. März 2013 (stv V))
- Betriebskommission der Hafengebiete der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Betriebskommission Kommunale Kinder-, Jugend- und Familienhilfe Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main (stv V)
- Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main
- Betriebskommission der Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (stv V)
- Betriebskommission der Volkshochschule Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Dom Römer GmbH, Frankfurt am Main
- Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen
- Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (ab 6. November 2013 (V))
- Gateway Gardens Projektentwicklungs-GmbH, Frankfurt am Main
- Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main
- RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main (bis 31. Oktober 2013)
- Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main
- Tourismus- und Congress GmbH Frankfurt am Main, Frankfurt am Main
- Wirtschaftsförderung Frankfurt - Frankfurt Economic Development - GmbH, Frankfurt am Main
- Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main



Dr. h. c. Petra Roth
Oberbürgermeisterin a. D. der
Stadt Frankfurt am Main
Vorsitzende des Aufsichtsrats
(bis 29. Mai 2013)

- AXA Konzern Aktiengesellschaft, Köln
- EUREX Frankfurt Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main
- EUREX Zürich Aktiengesellschaft, Zürich
- Fraport AG Frankfurt Airport Services Worldwide, Frankfurt am Main (K) (bis 30. Mai 2013)
- Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München (stv V)



Peter Arnold
Freigestellter Vorsitzender des
Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt
am Main
1. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

- Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main

- Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen
- Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg
- Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (ab 1. April 2013)
- Hanau Netz GmbH, Hanau (ab 5. März 2013)
- Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg
- Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau (ab 5. März 2013)

Aufsichtsrat



Ewald Woste
Vorsitzender des Vorstands der Thüga
Aktiengesellschaft, München
2. stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten

- ESWE Versorgungs AG, Wiesbaden (stv V) (bis 31. Dezember 2013)
- Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-Aktiengesellschaft, Koblenz (stv V)
- N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg (stv V)
- Städtische Werke Aktiengesellschaft, Kassel
- Stadtwerke Essen Aktiengesellschaft, Essen (stv V)
- Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover
- Thüringer Energie AG, Erfurt (V) (ab 1. Januar 2013)
- WEMAG AG, Schwerin (V)

Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

- EKO2 GmbH, Koblenz (stv V)
- Energie Südbayern GmbH, München (bis 31. Dezember 2012 (stv V)) (ab 1. Januar 2013 (V))
- Energieversorgung Mittelrhein GmbH, Koblenz (stv V) (bis 31. Dezember 2013)
- Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (bis 31. Dezember 2013)
- RhönEnergie Fulda GmbH (bis 27. Juni 2013 Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH), Fulda (stv V)
- Städtische Werke Energie + Wärme GmbH (bis 7. Januar 2013 Kasseler Fernwärme GmbH), Kassel
- Städtische Werke Netz + Service GmbH, Kassel
- Stadtwerke Energie Jena-Pößneck GmbH, Jena
- Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH, Neuss
- Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München



Peter Bodens
Kfm. Angestellter Finanzen der
Mainova AG, Frankfurt am Main

keine

keine



Hans-Dieter Bürger
Beamter im Ruhestand
Stadtrat a. D.
der Stadt Frankfurt am Main

keine

keine



Jutta Ebeling
Bürgermeisterin a. D.
der Stadt Frankfurt am Main

keine

- Alte Oper Frankfurt Konzert- und Kongresszentrum GmbH, Frankfurt am Main (bis 2. September 2013)
- Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (bis 5. November 2013)



Reinhold Falk
Freigestellter stellv. Vorsitzender des
Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt
am Main

- Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main

keine

Aufsichtsrat

	Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 <p>Markus Frank Stadtrat der Stadt Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> Messe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main BäderBetriebe Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V) Betriebskommission der Hafengebiete der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrum – Grundstücksgesellschaft mbH & Co. KG, Frankfurt am Main (V) FLZ Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie GmbH, Frankfurt am Main (V) FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main Frischezentrum Frankfurt am Main – Großmarkt GmbH, Frankfurt am Main (V) HFM Managementgesellschaft für Hafen und Markt mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main House of Logistics & Mobility (HOLM) GmbH, Frankfurt am Main (stv V) Sportpark Stadion Frankfurt am Main Gesellschaft für Projektentwicklungen mbH, Frankfurt am Main (V) Tourismus- und Congress GmbH, Frankfurt am Main (V) (ab 6. Dezember 2013) Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development - GmbH Frankfurt am Main (stv V)
 <p>René Gehringer Anwendungsberater Freigestelltes Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	keine	keine
 <p>Dr. h. c. Ernst Gerhardt Unternehmensberater Beamter im Ruhestand Stadtkämmerer a. D. der Stadt Frankfurt am Main</p>	keine	<ul style="list-style-type: none"> WOHNHEIM GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsrat

	Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 <p>Rosemarie Heilig Stadträtin der Stadt Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K) (bis 21. März 2013) Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (ab 28. Januar 2013) 	<ul style="list-style-type: none"> AVA Abfallverbrennungsanlage Nordweststadt Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V) Betriebskommission der Hafengebiete der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main Betriebskommission der Marktbetriebe der Stadt Frankfurt am Main, Frankfurt am Main Betriebskommission der Stadtentwässerung Frankfurt am Main, Frankfurt am Main Betriebskommission der Kita Frankfurt, Frankfurt am Main Betriebskommission der Städtische Kliniken Frankfurt am Main-Höchst, Frankfurt am Main (V) DRK - Blutspendedienst Baden-Württemberg-Hessen gemeinnützige GmbH, Mannheim FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main (ab 19. März 2013) (ab 23. April 2013 (V)) Stiftung Hospital zum Heiligen Geist GmbH, Frankfurt am Main (V) FÄZ Fachärzteezentrum Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽¹⁾ Hospital-Service & Catering GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽¹⁾ HP Hospital-Pflege GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽¹⁾ Krankenhaus Nordwest GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽¹⁾ Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V) Medizinisches Versorgungszentrum am Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main (V)⁽²⁾ Regionalpark Ballungsraum RheinMain Gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Flörsheim am Main Regionalpark Rhein-Main Taunushang Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Bad Homburg v. d. Höhe RMA Rhein-Main Abfall GmbH, Offenbach am Main Gemeinnützige Umwelthaus GmbH, Wiesbaden Zentrale Errichtungsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (V)
 <p>Holger Klingbeil Anwendungsberater Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	keine	keine
 <p>Cornelia Kröll Stellv. Landesleiterin ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH Frankfurt am Main (ab 23. Mai 2013) (ab 27. Juni 2013 (stv V)) APS Airport Personal Service GmbH, Frankfurt am Main (ab 19. März 2013) 	keine

⁽¹⁾ Mitgliedschaft begründet durch Amt in Stiftung Hospital zum Heiligen Geist, Frankfurt am Main

⁽²⁾ Mitgliedschaft begründet durch Amt in Klinikum Frankfurt Höchst GmbH, Frankfurt am Main

Aufsichtsrat		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Klaus Oesterling (ab 30. Mai 2013) Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Römer, Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (K) 	<ul style="list-style-type: none"> tiQs traffiQ-Servicegesellschaft mbH, Frankfurt am Main (ab 14. Oktober 2013) traffiQ Lokale Nahverkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (ab 14. Oktober 2013)
	Bernd Rudolph Stellv. Vorsitzender des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft, München	<ul style="list-style-type: none"> N-ERGIE Aktiengesellschaft, Nürnberg Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft, Hannover SWK Stadtwerke Kaiserslautern Versorgungs-AG, Kaiserslautern (stv V) WEMAG AG, Schwerin 	<ul style="list-style-type: none"> DREWAG Stadtwerke Dresden GmbH, Dresden eins energie in sachsen GmbH & Co. KG, Chemnitz (stv V) Energie Südbayern GmbH, München Energieversorgung Sylt GmbH, Westerland (Sylt) (stv V) erdgas schwaben gmbh, Augsburg (bis 31. Dezember 2012 (stv V), ab 1. Januar 2013 (V)) Freiberger Erdgas GmbH, Freiberg (stv V) GEW Wilhelmshaven GmbH, Wilhelmshaven (stv V) Harz Energie GmbH & Co. KG, Osterode am Harz (stv V) Stadtwerke – Erdgas Plauen GmbH, Plauen (stv V) Stadtwerke Bad Harzburg GmbH, Bad Harzburg (stv V) Stadtwerke Freudenstadt GmbH & Co. KG, Freudenstadt Stadtwerke Zweibrücken GmbH, Zweibrücken (stv V) SWP Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG, Pforzheim (stv V) Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München (V) Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Hannover mit beschränkter Haftung, Hannover Zwickauer Energieversorgung GmbH, Zwickau (stv V)
	Nicole Salm Referentin Abschluss und Berichterstattung Mitglied des Betriebsrats der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	keine
	Edwin Schwarz Stadtrat a. D. der Stadt Frankfurt am Main	keine	<ul style="list-style-type: none"> Dom Römer GmbH, Frankfurt am Main (stv V)

Aufsichtsrat		Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
	Ralf-Rüdiger Stamm Landesfachbereichsleiter Ver- und Entsorgung ver.di – Landesbezirk Hessen, Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Friedberg Oberhessische Versorgungsbetriebe AG, Friedberg Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main 	<ul style="list-style-type: none"> FES Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH, Frankfurt am Main
	Jürgen Wachs (ab 1. April 2013) Gewerkschaftssekretär ver.di Bezirk Frankfurt am Main und Region, Friedberg	keine	keine
	Frank Wiese Bereichsleiter der Mainova AG, Frankfurt am Main	keine	keine
	Thomas Wissgott (bis 31. März 2013) Geschäftsführer ver.di Bezirk Frankfurt am Main und Region, Frankfurt am Main	<ul style="list-style-type: none"> Lufthansa Cargo Aktiengesellschaft, Frankfurt am Main (bis 31. März 2013) Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH, Frankfurt am Main (stv V) (bis 31. März 2013) Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH, Frankfurt am Main (stv V) (bis 31. März 2013) 	keine

(K) Konzernmandate gemäß § 100 Abs. 2 S. 2 AktG
(V) Vorsitz
(stv V) stellvertretender Vorsitz

Vorstand

	Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 <p>Dr. Constantin H. Alsheimer bestellt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2018 Vorsitzender des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	keine	<ul style="list-style-type: none"> Eisenacher Versorgungs-Betriebe Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Eisenach (ab 16. September 2013 (stv V)) Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen (V) Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach (ab 06. März 2013 (stv V)) Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main⁽⁴⁾ Hanau Netz GmbH, Hanau (stv V) Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau (ab 01. Januar 2013 (V)) Ohra Energie GmbH, Hörsel Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich (ab 14. März 2013 (stv V)) Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau (stv V) Thüga Assekuranz Services München Versicherungsmakler GmbH, München Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, München⁽¹⁾ Werraenergie GmbH, Bad Salzungen (stv V)
 <p>Prof. Dr. Peter Birkner bestellt vom 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2016 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	keine	<ul style="list-style-type: none"> Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH, Frankfurt am Main⁽²⁾ Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg (ab 04. März 2013 (V)) Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (ab 21. Juni 2013) Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (bis 31. Juli 2013) Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen⁽³⁾ Hanau Netz GmbH, Hanau Hessenwasser Verwaltungs-GmbH, Groß-Gerau Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich (ab 14. März 2013) Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau Südwestdeutsche Rohrleitungsbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt am Main (stv V) Syneco GmbH & Co. KG, München (vom 21. März bis 17. Oktober 2013)
 <p>Norbert Breidenbach bestellt vom 1. Juli 2013 bis 30. Juni 2018 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	keine	<ul style="list-style-type: none"> Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg (ab 18. Juli 2013) Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (ab 06. November 2013)⁽⁴⁾ Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (ab 01. August 2013) Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main (ab 09. August 2013) Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen (ab 18. Juli 2013)³ Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg (ab 01. Juli 2013) Ohra Energie GmbH, Hörsel (vom 18. Juli bis 27. November 2013) Syneco GmbH & Co. KG, München (ab 17. Oktober 2013) Werraenergie GmbH, Bad Salzungen (ab 18. Juli 2013)

⁽¹⁾ Gesellschafter- und Finanzausschuss (V)

⁽²⁾ Gesellschafterausschuss

⁽³⁾ Konsortialausschuss

⁽⁴⁾ Koordinierungsausschuss

	Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten	Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen
 <p>Lothar Herbst bestellt vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2015 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	<ul style="list-style-type: none"> Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain, Frankfurt am Main 	<ul style="list-style-type: none"> Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH, Bad Salzungen Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main⁴ Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (stv V) Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg (vom 01. März 2013 bis 12. Juni 2013 (stv V); ab 13. Juni 2013 (V)) Ohra Energie GmbH, Hörsel (stv V) Werraenergie GmbH, Bad Salzungen
 <p>Dr. Marie-Luise Wolff-Hertwig bestellt vom 1. Oktober 2009 bis 16. Februar 2013 Mitglied des Vorstands der Mainova AG, Frankfurt am Main</p>	keine	<ul style="list-style-type: none"> Energieversorgung Main-Spessart Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Aschaffenburg (bis 20. Februar 2013 (V)) Gas-Union GmbH, Frankfurt am Main (bis 20. Februar 2013) Gasversorgung Main-Kinzig GmbH, Gelnhausen (bis 20. Februar 2013) Gasversorgung Offenbach GmbH, Offenbach am Main (stv V) (bis 20. Februar 2013) Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG, Bremen (bis 20. Februar 2013) Hanau Netz GmbH, Hanau (bis 05. März 2013) Oberhessische Gasversorgung Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Friedberg (stv V) (bis 20. Februar 2013) Ohra Energie GmbH, Hörsel (bis 20. Februar 2013) Stadtwerke Dreieich GmbH, Dreieich (stv V) (bis 20. Februar 2013) Stadtwerke Hanau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hanau (bis 05. März 2013) Syneco GmbH & Co. KG, München (bis 21. März 2013) Werraenergie GmbH, Bad Salzungen (bis 20. Februar 2013)

(K) Konzernmandate gem. § 100 Abs. 2 S. 2 AktG

(V) Vorsitz

(stv V) stellvertretender Vorsitz

Die Angaben zu den Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien beziehen sich auf den 31. Dezember 2013 bzw. den Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Aufsichtsrat der Mainova.

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2013

TSD. €	ANSCHAFFUNGS- ODER HERSTELLUNGSKOSTEN					KUMULIERTE ABSCHREIBUNGEN				BUCHWERTE	
	01.01.2013	ZUGÄNGE	UMBUCHUNGEN	ABGÄNGE	31.12.2013	01.01.2013	ABSCHREIBUNGEN DES GESCHÄFTS- JAHRES		31.12.2013	31.12.2013	31.12.2012
							ABGÄNGE	31.12.2013			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen und ähnliche Rechte	95.793	7.231	2.996	5.018	101.002	52.784	7.658	1.155	59.287	41.715	43.009
2. Geleistete Anzahlungen	632	-	-92	-	540	-	-	-	-	540	632
	96.425	7.231	2.904	5.018	101.542	52.784	7.658	1.155	59.287	42.255	43.641
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	385.100	850	3.352	1.147	388.155	192.046	6.904	759	198.191	189.964	193.054
2. Technische Anlagen und Maschinen											
a.) Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen, Heizzentralen	645.390	1.294	3.625	379	649.930	572.274	10.224	379	582.119	67.811	73.116
b.) Verteilungsanlagen											
- Verteilungsnetze	1.753.903	19.629	7.594	2.254	1.778.872	1.446.728	27.847	1.988	1.472.587	306.285	307.175
- Hausanschlüsse	296.524	10.402	728	258	307.396	223.345	5.437	218	228.564	78.832	73.179
- Straßenbeleuchtung, Zähler	110.453	2.085	26	573	111.991	101.709	2.147	570	103.286	8.705	8.744
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	158.243	3.041	2.183	2.484	160.983	135.810	6.361	2.462	139.709	21.274	22.433
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	29.737	23.339	-20.412	1.051	31.613	-	-	-	-	31.613	29.737
	3.379.350	60.640	-2.904	8.146	3.428.940	2.671.912	58.920	6.376	2.724.456	704.484	707.438
III. Finanzanlagen											
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	60.947	13.000	-	2.884	71.063	-	-	-	-	71.063	60.947
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	19.448	9.850	-	1.240	28.058	-	-	-	-	28.058	19.448
3. Beteiligungen	234.517	3.766	-	4.197	234.086	59.926	5.089	536	64.479	169.607	174.591
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	11.934	4.130	-	2.678	13.386	-	-	-	-	13.386	11.934
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	49	-	-	-	49	-	-	-	-	49	49
6. Sonstige Ausleihungen	3.037	287	-	755	2.569	-	-	-	-	2.569	3.037
7. Genossenschaftsanteile	3	-	-	-	3	-	-	-	-	3	3
	329.935	31.033	-	11.754	349.214	59.926	5.089	536	64.479	284.735	270.009
	3.805.710	98.904	-	24.918	3.879.696	2.784.622	71.667	8.067	2.848.222	1.031.474	1.021.088

Beteiligungen

FIRMA	SITZ	ANTEIL	EIGENKAPITAL DER GESELL- SCHAFTEN		JAHRESERGEBNIS DER GESELLSCHAFTEN	
			%	TSD. €	JAHR	TSD. €
Verbundene Unternehmen						
Biomasse-Kraftwerk Fechenheim GmbH	Frankfurt am Main	90,00	7.186	2013	635 ⁽¹⁾	
Energieversorgung Main-Spessart GmbH	Aschaffenburg	100,00	5.000	2013	3.108 ⁽¹⁾	
Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH	Bad Salzungen	56,00	27.223	2013	5.042	
Ferme Eolienne de Migé SARL	Toulouse ⁽²⁾	100,00	-90	2013	-90	
Hotmobil Deutschland GmbH	Gottmadingen ⁽³⁾	100,00	2.816	2013	1.324 ⁽¹⁾	
Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,00	119.364	2013	29.058	
Mainova EnergieDienste GmbH	Frankfurt am Main	100,00	4.050	2013	-1.553 ⁽¹⁾	
Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	30	2013	3	
Mainova Gemeinschaftswindpark Hohenahr GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	85,00	9.342	2013	435	
Mainova PV_Park 1 GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	6.178	2013	-35	
Mainova PV_Park 2 GmbH & Co. KG ⁽⁷⁾	Esgebek ⁽²⁾	100,00	1.229	2013	27	
Mainova PV_Park 3 GmbH & Co. KG ⁽⁸⁾	Esgebek ⁽²⁾	100,00	1.925	2013	43	
Mainova PV_Park 4 GmbH & Co. KG ⁽⁹⁾	Esgebek ⁽²⁾	100,00	2.118	2013	54	
Mainova PV_Park 5 GmbH & Co. KG ⁽¹⁰⁾	Esgebek ⁽²⁾	100,00	2.567	2013	65	
Mainova PV_Park 6 GmbH & Co. KG ⁽¹¹⁾	Esgebek ⁽²⁾	100,00	2.893	2013	53	
Mainova PV_Park 7 GmbH & Co. KG ⁽¹²⁾	Esgebek ⁽²⁾	100,00	560	2013	4	
Mainova ServiceDienste Gesellschaft mbH	Frankfurt am Main	100,00	50	2013	6.137 ⁽¹⁾	
Mainova Wind Beteiligungs GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	18	2013	-16	
Mainova Wind Onshore Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	28	2013	2	
Mainova Windpark Niederhambach GmbH & Co. KG ⁽¹⁴⁾	Frankfurt am Main	100,00	6.190	2013	126	
Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	6.676	2013	337	
Mainova Windpark Siegbach GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	3.759	2013	59	
Netzwerk Offshore Wind GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	100,00	9	2013	-33	
Netzwerk Offshore Wind Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main ⁽⁴⁾	100,00	15	2013	-2	
NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH	Frankfurt am Main	90,00	7.606	2013	1.537 ⁽¹⁾	
Offshore Wind für Hessen GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main	60,00	8	2013	-29	
Offshore Wind für Hessen Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main ⁽⁵⁾	100,00	30	2013	0	
SRM Straßenbeleuchtung Rhein-Main GmbH	Frankfurt am Main	100,00	34	2013	1.039 ⁽¹⁾	
Zweite Mainova Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	Frankfurt am Main	100,00	36	2013	9	
Beteiligungen						
a) Unmittelbare Beteiligungen						
book-n-drive mobilitätssysteme GmbH	Wiesbaden	33,00	-215	2012	-163	
8KU Renewables GmbH	Berlin	12,50	303	2012	9	
ABGnova GmbH	Frankfurt am Main	50,00	129	2012	11	
ABO Wind AG	Wiesbaden	9,47	39.899	2012	5.488	
ABO Wind WP Kirchhain GmbH & Co. KG	Heidesheim ⁽²⁾	30,00	-	2012	-	
Dynega Energiehandel GmbH	Frankfurt am Main	6,67	257	2012	20	
ENAG/Maingas Energieanlagen GmbH	Eisenach	50,00	12.351	2012 ⁽³⁾	2.491	
eserv GmbH & Co. KG	Frankfurt am Main ⁽²⁾	50,00	-	2012	-	
eserv Verwaltungsgesellschaft mbH	Frankfurt am Main ⁽²⁾	50,00	-	2013	-	
Gas-Union GmbH	Frankfurt am Main	34,27	135.453	2012	38.203	
Gasversorgung Main-Kinzig GmbH	Gelnhausen	50,00	22.516	2012	3.540	

FIRMA	SITZ	ANTEIL	EIGENKAPITAL DER GESELL- SCHAFTEN		JAHRESERGEBNIS DER GESELLSCHAFTEN	
			%	TSD. €	JAHR	TSD. €
Gasversorgung Offenbach GmbH	Offenbach	25,10	17.993	2013 ⁽⁶⁾	4.429	
Gemeinschaftskraftwerk Bremen GmbH & Co. KG	Bremen	25,10	40.900	2012	-7.689	
Gemeinschaftskraftwerk Irsching GmbH	Vohburg	15,60	284.382	2012	3.661	
Hessenwasser GmbH & Co. KG	Groß-Gerau	36,36	39.161	2012	334	
Hessenwasser Verwaltungs-GmbH	Groß-Gerau	36,33	62	2012	3	
Joblinge gemeinnützige AG FrankfurtRheinMain	Frankfurt am Main	20,00	96	2012	1	
MHKW Müllheizkraftwerk Frankfurt am Main GmbH	Frankfurt am Main	50,00	20	2012	-	
Oberhessische Gasversorgung GmbH	Friedberg	50,00	13.331	2012	2.424	
Stadtwerke Dreieich GmbH	Dreieich	26,25	16.481	2012	6.037	
Stadtwerke Hanau GmbH	Hanau	49,90	31.547	2012	7.827	
Südwestdeutsche Rohrleitungsbau GmbH	Frankfurt am Main	29,90	4.036	2012	77	
SWM Wind Havelland GmbH & Co. KG	München	12,50	90.172	2012	2.257	
Syneco GmbH & Co. KG	München	17,01	48.293	2012	2.167	
Syneco Verwaltungs GmbH	München	25,10	5.034	2012	29	
WPE – Hessische Windpark Entwicklungs GmbH	Wiesbaden	49,90	-27	2012	-52	
b) Mittelbare Beteiligungen über Erdgas Westthüringen Beteiligungsgesellschaft mbH						
Eisenacher Versorgungs-Betriebe GmbH	Eisenach	23,90	12.942	2012	3.334	
Ohra Energie GmbH	Hörselgau	49,00	24.925	2012 ⁽⁶⁾	6.019	
Werraenergie GmbH	Bad Salzungen	49,00	19.723	2012	834	
c) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH						
Thüga Holding GmbH & Co. KGaA	München ⁽¹³⁾	20,53	2.455.631	2012	253.888	
d) Mittelbare Beteiligungen über Mainova EnergieDienste GmbH						
Infranova Bioerdgas GmbH	Frankfurt am Main	49,90	875	2012	275	
e) Mittelbare Beteiligungen über Mainova ServiceDienste GmbH						
Metegra GmbH	Laatzen	25,00	-243	2012	-516	
Service4EVU GmbH	Coburg	50,00	392	2012	27	
f) Mittelbare Beteiligungen über Mainova Windpark Remlingen GmbH & Co. KG						
ABO Wind UW Uettingen GmbH & Co. KG	Heidesheim	28,80	-6	2012	-6	
g) Mittelbare Beteiligungen über NRM Netzdienste Rhein-Main GmbH						
Hanau Netz GmbH	Hanau	10,00	50	2012	-14	

⁽¹⁾ Ergebnisabführungsvertrag

⁽²⁾ Gründung/Erwerb in 2013

⁽³⁾ Tochterunternehmen der Mainova EnergieDienste GmbH

⁽⁴⁾ Tochterunternehmen der Netzwerk Offshore Wind GmbH & Co. KG

⁽⁵⁾ Tochterunternehmen der Offshore Wind für Hessen GmbH & Co. KG

⁽⁶⁾ Bilanzstichtag 30. September

⁽⁷⁾ ehemals PV NordStrom Eggebek XIII GmbH & Co. KG

⁽⁸⁾ ehemals PV NordStrom Eggebek XIV GmbH & Co. KG

⁽⁹⁾ ehemals PV NordStrom Eggebek XV GmbH & Co. KG

⁽¹⁰⁾ ehemals PV NordStrom Eggebek XVI GmbH & Co. KG

⁽¹¹⁾ ehemals PV NordStrom Eggebek XVII GmbH & Co. KG

⁽¹²⁾ ehemals PV NordStrom Eggebek XVIII GmbH & Co. KG

⁽¹³⁾ Konzernabschluss

⁽¹⁴⁾ ehemals ABO Wind WP Niederhambach GmbH & Co. KG

Nach § 285 Nr. 11 HGB sind die Angaben nur für Gesellschaften mit einem Anteil von mindestens 5 % erforderlich.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der MAINOVA Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Nach § 6b Abs. 5 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften sowie die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie für die Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands, die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten nach § 6b Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Unsere Prüfung des Jahresabschlusses unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der MAINOVA Aktiengesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Rechnungslegung nach § 6b Abs. 3 EnWG, wonach für die Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 EnWG getrennte Konten zu führen und Tätigkeitsabschlüsse aufzustellen sind, hat zu keinen Einwendungen geführt.

Frankfurt am Main, den 7. März 2014

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hauptmann
Wirtschaftsprüfer

Galic
Wirtschaftsprüfer

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 10. März 2014



DR. ALSHEIMER



PROF. DR. BIRKNER



BREIDENBACH



HERBST

Herausgeber

MAINOVA AG
Solmsstraße 38
60623 Frankfurt am Main
Telefon 069 213-02
Telefax 069 213-81122
www.mainova.de

Ansprechpartner für Aktionäre

Stefan Schlink
E-Mail: Investor-Relations@mainova.de

Konzept, Redaktion und Produktion

mpm Corporate Communication Solutions, Mainz
www.digitalagentur-mpm.de